

Als Handschrift gedruckt!

Nicht für die Öffentlichkeit bestimmt!

Die Evangelische Kirche an der Jahreswende 1935/36!

A.

Ein Wort des rheinischen Präses zur Klärung und Wegweisung!

Barmen, den 30. 12. 1935.

Liebe Brüder!

„Das Werk ist groß und weit und wir sind zerstreut auf der Mauer, ferne voneinander“ (Nehemia 4, 13). Es ist eine große Erschwerung unseres Kampfes, daß wir aus den bekannten Gründen so wenig Fühlung miteinander haben können. Hoffentlich werden wir uns bald einmal zusammen finden, damit alle Brüder aufs gründlichste unterrichtet werden. Heute möchte ich Ihnen zunächst kurz einiges berichten.

I. Der Herr Reichsminister Kerrl hat mehrfach ausgesprochen, daß der Staat von allen „Gruppen“ in der Kirche aufgefordert worden sei, in die Kirche einzugreifen und dort Ordnung zu schaffen. Ob dies von anderer Seite geschehen ist, entzieht sich meiner Kenntnis. Ich stelle ausdrücklich fest, daß die Bekennende Kirche durch die Vorläufige Leitung der Deutschen Ev. Kirche den Reichsinnenminister im Januar 1935 gebeten hat, einen von der Kirche zu berufenden Ausschuß zu ermächtigen, die zur Neuordnung der Kirche erforderlichen Maßnahmen zu treffen, aber daß von der Bekennenden Kirche nie und mit keinem Wort der Staat aufgefordert worden ist, in die Kirche einzugreifen und dort Ordnung zu schaffen. Sie haben mein Wort über das Gesetz vom 24. September seiner Zeit gelesen. Die Vertrauensmänner der Rheinischen Bekenntnissynode haben es sich zu eigen gemacht. Es erweist sich immer mehr, daß dieses unser rheinisches Wort die Lage durchaus richtig erfaßt und beleuchtet hat.

Trotzdem hat die Bekennende Kirche im Reich (KKB) und in Preußen (Preuß. Bruderrat und Rat) sich bereit gefunden, mit den vom Staat eingesetzten Ausschüssen sich auszutauschen und die Möglichkeit der weiteren Entwicklung mit ihnen zu prüfen. Ich weiß von zahllosen Gesprächen, die zwischen führenden Männern der Bekennenden Kirche und Gliedern der Kirchenausschüsse stattgefunden haben. Die Vorläufige Kirchenleitung hat mit Herrn Generalsuperintendent D. Böllner beraten, ihn dabei auch auf die Gefahren und Unmöglichkeiten seines Weges hingewiesen. Auf Grund seiner Worte mußten wir den Eindruck gewinnen, daß er volles Verständnis für die unaufgebaren Forderungen der Bekennenden Kirche habe. Wie ein führender Mann unserer Bekennenden Kirche die Lage beurteilt, sehen Sie aus seinem Wort an D. Böllner:

„Jetzt liegt die Verantwortung auf Ihnen. Besagen Sie jetzt, so ist es um die Deutsche Evangelische Kirche als Gesamtkirche geschehen. Wir haben es mit einer neuen Religion zu tun. . . Erst gestern

hat wieder einer der Hauptredner erklärt: Wir ruhen nicht, bis wir den Totalitätsanspruch auch auf religiösem Gebiet durchgesetzt haben. — Mag Herr Minister Kerrl persönlich solchen Auffassungen nicht zugetan sein — er kann diese Entwicklung nicht hindern und er muß Kompromisse schließen, die etappenweise diesem Ziel zustreben. — Nachdem er sich einmal von der zuerst eingeschlagenen Linie hat abdrängen lassen, wird es ihm schwer werden, wieder zu ihr zurückzukehren, ohne den Eindruck der Schwäche und Unsicherheit zu machen; und da seine persönlichen religiösen Anschauungen von dem, was im Sinn der Schrift und der Reformation evangelischer Glaube ist, doch recht weit entfernt sind, sieht er die Gefahren, die von einer Unterdrückung der Bekennenden Kirche her sowohl dem Staat als der Kirche drohen, nicht deutlich. Insbesondere scheint er sich darüber nicht klar zu sein, wie sehr er schon bisher in die Glaubensfragen und die Freiheit der Wortverkündigung eingegriffen hat. Das ihm klar zu machen und ihn vor die Frage zu stellen, entweder seinen Kurs zu ändern oder auf die Deckung durch Ihren guten kirchlichen Namen zu verzichten, das ist es, was jedermann, dem das Wohl der Kirche und Ihr guter Ruf als Mann der Kirche am Herzen liegt, als Ihre Aufgabe in diesem Augenblick ansieht.“

Ferner haben die Vorläufige Kirchenleitung mit dem Reichskirchenausschuß und der Preussische Rat mit dem Preussischen Landeskirchenausschuß Beratungen gepflogen, ob ein Zusammenarbeiten zwischen der Leitung der Bekennenden Kirche und den Ausschüssen möglich sei, wobei die selbstverständliche Voraussetzung war, daß die Kirchenausschüsse sich als staatliche Hilfsorgane auf eine aufräumende und die Neuordnung vorbereitende Tätigkeit beschränkten. Ich habe bei dieser Beratung durch Fragen festgestellt (es war am 14. 11.), daß der Reichskirchenausschuß sich selbst damals als staatlichen Ausschuß, nicht als Leitung der Kirche, ansah, daß z. B. folgendes Vorgehen für möglich gehalten wurde: der Reichskirchenausschuß ist bereit, der Leitung der Bekennenden Kirche einen Wahlgesetzentwurf vorzulegen und nur im Einverständnis mit ihr herauszugeben; oder auch: er ist bereit, einen Wahlgesetzentwurf der Bekennenden Kirche zu prüfen und, wenn er ihm zustimmen kann, in Kraft zu setzen, u. ä.

Auch neuerdings haben wir uns immer wieder gefragt, ob sich irgendwie eine Möglichkeit ergäbe, auf dem vom Minister eingeschlagenen Wege zu einer tragbaren Lösung zu kommen. Noch in den letzten Tagen hat auf Anregung von D. Böllner in Bethel ein Gespräch stattgefunden zwischen D. Böllner, D. Eger, Präses D. Koch, D. von Hodelschwingh, Lic. Dr. Bed-

mann, Pastor Lüding, Superintendent Dr. Schmidt. Dabei haben unsere Brüder klar zum Ausdruck gebracht, daß die Organe der Bekennenden Kirche auf die Ausübung ihrer kirchenregimentlichen Funktionen, da wo sie sie übernehmen mußten, nicht verzichten können. Die Brüder dürfen versichert sein, daß wir auch fernerhin alle Möglichkeiten prüfen, die sich ergeben könnten. Es stimmt uns freilich nachdenklich, wenn wir hören, daß Herr D. Böllner zugesagt hat, die 3 Landeskirchen Bayern, Württemberg und Hannover würden keine Kirchenausschüsse erhalten! Ansehender ist ihm in den dortigen Kirchenbehörden die Gewähr der gewünschten Entwicklung gegeben, während er den Bruderräten in den Preussischen Provinzen ausdrücklich die kirchenregimentlichen Befugnisse abspriecht.

II. In die anfänglich nicht völlig aussichtslos erscheinenden Gespräche mit den Kirchenausschüssen, die damals auch bereit waren, sich in ihren Aufgaben zu beschränken, fiel der Eingriff des Ministers am 27. 11., wobei er seine bisherige Linie völlig verließ und mit Gewalt drohte. Die Mitglieder der Ausschüsse nahmen das nicht, wie wir erwarten mußten, zum Anlaß, ihre Ämter niederzulegen. Vielmehr erklärten sie sich jetzt als die alleinige Kirchenleitung. Die in einzelnen Landeskirchen eingesetzten Ausschüsse sind vom Minister unmißverständlich als die Leitung der betreffenden Kirchen bezeichnet worden. Die Ausschüsse haben dies Amt angenommen und seither auch als Kirchenleitung Verordnungen erlassen.

III. Auf die Frage, warum wir die jetzt gewählte staatskirchliche Lösung, bei der der Staat die gesamte Kirche in der Hand hat (Gesetzgebung, Finanzen, Verwaltung, Disziplinargericht, Rechtspflege, Ernennungen und Entlassungen, und damit auch die Verkündigung der Kirche), entschlossen ablehnen müssen, auch wenn sie nur für einen Uebergang gelten soll, haben wir schon wiederholt geantwortet. Zuletzt in dem Brief an die Gemeinden der Westfälischen Bekenntnissynode vom 4. Dezember. Dem ist nichts hinzuzufügen.

Ich möchte noch einen Gesichtspunkt hier erwähnen, der mich neben allen anderen grundsätzlichen Erwägungen sehr stark bindet. Der Staat kann nicht von sich aus ein geistliches oder kirchliches Urteil fällen. Er muß die Sachverständigen der Kirche fragen. Auf seine Frage, ob sein von ihm gewählter Weg gangbar und für die Kirche tragbar sei, antworten die Herren D. Böllner, D. Eger und auch D. Marahrens mit den ihnen zustimmenden Brüdern: Ja, unter bestimmten Bedingungen! Sie haben eine Anzahl zum Teil recht scharfe Bedingungen formuliert, und fordern ihre Berücksichtigung — während der Minister bündig erklärt hat, er ließe sich keine Bedingungen stellen. Dennoch haben sie ihre Mitarbeit zugesagt. Nun sind aber nicht nur wir, die wir diese Ausschüsse als unmögliche Lösung ablehnen — nicht nur wir — davon überzeugt, daß der Weg der Ausschüsse nicht zum Ziele führen kann. Wenn wir aber dieser Ueberzeugung sind, erfordert es die Wahrhaftigkeit, daß wir das dem Staat unmißverständlich aussprechen. Wir wollen dem Staat, dem Minister und auch dem Führer gegenüber ein gutes Gewissen haben, daß wir ohne Umschweife und mit Zähigkeit immer wieder gesagt haben: So geht es nicht! Es soll an keiner Stelle aus irgend welchen Gründen eine maßgebende Ueberzeugung nur halb oder nur unklar ausgesprochen werden. Dazu sind die Dinge zu ernst und zu entscheidungsvoll, vielleicht auf Generationen hinaus. Vor allem ist entscheidend, daß wir nur bei solch wahrhaftiger Haltung die Verheißung Gottes für unseren Kampf haben.

IV. Aber haben sich die Ausschüsse nicht auch auf den Boden des Bekenntnisses gestellt? Ihr grundlegender Aufruf weicht an der entscheidenden Stelle der Ablehnung der Irrlehre unserer Zeit aus. Kein Wunder, daß dieser Aufruf den starken Beifall der D.C. gefunden hat: er entspreche durchaus den 28 Thesen und sei jedenfalls unvereinbar mit der Erklärung der Barmer Bekenntnis-Synode vom Mai 1934 gegenüber den Irrlehren dieser Zeit. Das theologische Amt der Berliner D.C. hat soeben noch erklärt, daß der Aufruf „das eigene eigentliche Anliegen“ der D.C. vertre-

te. Das Handeln der Ausschüsse bestärkt uns je länger je mehr in der Ueberzeugung, daß sie von ihrem falschen Anknüpfungspunkt aus nun notgedrungen in unbiblischer und bekennnismwidriger Weise handeln müssen. Schon daß die Ausschüsse ihre Arbeit treiben, während nicht nur die gesamte kirchliche Presse unter starken Einschränkungen leidet, sondern auch unsere vertraulichen Rundschreiben verboten oder unter Vorzensur gestellt sind, ist eine für Christen unmögliche Haltung. Wie will man die Kirche bauen, während den Brüdern jedes Wort brüderlicher Mahnung oder Einwendung auf Grund ihres Verständnisses der Schrift und des Bekenntnisses verboten wird? Es werden nur Äußerungen für die Kirchenausschüsse, aber keine ihnen widersprechende Darlegungen zum Druck zugelassen. Man greift sich an den Kopf; wo stehen wir eigentlich? Haben wir das alles nicht schon einmal erlebt? Uns kommt in Erinnerung die berüchtigte Verordnung vom Januar 1934, in der der Reichsbischof sich jede Kritik an seinen Maßnahmen verbat. Dazu kommt die Tatsache, daß Herrn D. Böllner in einer geplanten Rundfunkrede die Ausführungen über die Erlösungsbedürftigkeit des Volkes gestrichen wurden. Generalsuperintendent D. Böllner hat die Rede nicht gehalten, ist aber nach wie vor Leiter des Reichskirchenausschusses!

Die Verordnung vom 2. Dezember, die den Bruderräten ihre kirchenregimentlichen Funktionen verbietet, haben die Ausschüsse hingenommen. Damit stehen sie gegen die Bekennende Kirche, die den Bruderräten diese Aufgabe übertragen hat. Der Preussische Landeskirchenausschuß hat eine neue Prüfungsordnung herausgegeben, in der den früheren Konsistorien ihre alte Stellung wieder eingeräumt wird, sodaß unsere Kandidaten ihnen wieder unterstellt werden sollen. Kein Wort über die bekennnismidrige Haltung und die Rechtsbrüche dieser Konsistorien! Das ist eine klare Absage an die Bruderräte der Bekennenden Kirche! Gerade in Sachen der Prüfung des theologischen Nachwuchses ist überall bei uns mit solcher Sorgfalt vorgegangen und alles so genau nach den geltenden Vorschriften gehandhabt worden, daß man diese Sache für die angeblich doch nur kurze Uebergangszeit so hätte weiter gehen lassen können, ohne daß die Kirche und ihre Prediger Schaden genommen hätten. Aber hier, beim theologischen Nachwuchs, jetzt der Versuch der Restauration des Alten zunächst ein!

Der Preussische Landeskirchenausschuß hat den Bischof D. Jänker vor einigen Tagen beurlaubt. D. Jänker ließ sich die Prüfung der Kandidaten, die er in Gemeinschaft mit dem Schlesienschen Bruderrat abhielt, nicht aus der Hand nehmen. Im Schlesienschen Amtsblatt veröffentlicht nun D. Eger, daß die Kandidaten, die es mannhaft abgelehnt haben, sich von D. Jänker zu scheiden, im Januar aufs neue zur Prüfung unter seinem Vorsitz eingeladen würden. Also disziplinarische Maßnahmen gegen einen bekennnistreuen Kirchenführer und gegen bekennnistreue Kandidaten, um ihrer bekennnistreuen Haltung willen! D. Jänker wur-

de es nahe gelegt, einen Erholungsurlaub von sich aus zu beantragen. Er hat das abgelehnt. Dieses Vorgehen des Landeskirchenausschusses erinnert an frühere Maßnahmen zur Befriedung der Kirche. In einem Disziplinarverfahren ist zugeständenerweise keine Handhabe vorhanden. Die Beurteilung erfolgt „zum Zweck der Befriedung der Kirche.“ Das ist die Methode von Dr. Jäger.

Wer jetzt noch meint, daß die Grundlage für einen wahren Frieden vorhanden sei, der übersieht, daß dem entscheidenden Kampfziel der Bekennenden Kirche von den Ausschüssen entgegengearbeitet wird. Dabei sind Zerstörer der Kirche mit in der Leitung der Kirche und bleiben auf allen Stufen des Kirchenregiments eingeschaltet. Man erklärt die D.C. als zur Leitung der Kirche ebenso berechtigt wie die Bekennende Kirche. Ist eine so mit Irrlehre durchsetzte Kirche ausgerüstet, die gewaltige Aufgabe zu erfüllen, die sich von Tag zu Tag deutlicher abzeichnet? Diese Aufgabe ist der Kampf, den die Gemeinde Jesu Christi für den Namen ihres Herrn gegen die Weltanschauung des „Mythus“ auszufechten hat. Das ist doch der nicht zu übersehende Hintergrund des ganzen Kirchenkampfes! Diese an Rosenberg geschulte Weltanschauung dringt in alle Poren unseres Volkslebens ein und wird auf tausend Wegen unserer Gemeindeglieder vom Kindesalter an aufgedrängt und aufgezwungen. Demgegenüber kann die Kirche nur eine streitende Kirche sein! Sie steht vor einem Kampf für das Evangelium, bei dem es auf Leben und Tod geht! Fürwahr, wir sollten Gott in jeder Weise den Weg frei geben und uns seinem Befehl offen halten, daß Er unter uns seine Kirche erneuern und mit den Kräften seines Geistes begabe. So allein wird sie den kommenden Stürmen gewachsen sein.

Darum laßt uns, liebe Brüder, weder weich noch matt werden. Alles Ruhebedürfnis wollen wir zurückdrängen, weil es um Gottes Wahrheit und um die Reinheit seiner frohen Botschaft geht, um das Wort von dem Heil in Christus, und in ihm allein, um die Geschichte, die da geschehen ist im jüdischen Lande, in Bethlehém und auf Golgatha. Wir haben Gottes Botschaft nicht zu gestalten, sondern zu verwalten und in unser Volk hineinzurufen, ohne zu fragen, was darauf folgt.

Sorget sich einer, wie ich mich wohl auch oft Sorge, was hernach kommen werde, so will ich ihm ein Wort

Luthers an Melancthon weiter geben, das mich oft getröstet hat:

„Das Ende und der Ausgang der Sache zermartert Euch darum, daß Ihr's nicht begreifen könnt. Wer sie will sichtbar, scheinend und begreiflich machen, wie Ihr tut, der hat Herzeleid und Heulen zum Lohn wie Ihr, davon wir alle Euch vergeblich abrufen. Der Herr hat gesagt, er wolle wohnen in einem Nebel und hat Finsternis zu seinem Zelt gemacht. Wer da will, der mach's anders. Hätte Mose das Ende begreifen wollen, wie das Volk Israel dem Heer des Pharao entgehen möchte, so wären sie vielleicht noch bis heute in Aegypten. Der Herr mehre Euch und uns den Glauben.“

Auf die Frage „und was dann?“ bleibt uns nur die Gewißheit, daß wir im Gehorsam gegen Gott nie in eine Sackgasse kommen werden. So laßt uns, liebe Brüder, getrost sein: „Weiß ich den Weg auch nicht, du weißt ihn wohl!“, und laßt uns glauben an den allmächtigen Gott, der sein Wort wahrmacht.

Um die Jahreswende wollen wir auch „ein Fasten ausrufen“ wie es Esra tat (8, 21—23), „daß wir uns demütigen vor unserem Gott, zu suchen von ihm einen richtigen Weg für uns und unsere Kinder“ und dann wollen wir uns in der Stille vor ihm und im Blick auf ihn, den Herrn in der Höhe, innerlich zurechtfinden. Wir haben den Kampf gewagt, auf Gottes Ruf hin, im Glauben. Zu diesem Glauben, zum neuen Menschen des Glaubens gehört auch das neue Sichschämen: daß wir uns schämen, bei der Welt Anleihen zu machen und ihre Hilfe herbeizurufen. „Ich schämte mich, vom König Geleit und Reiter zu fordern, uns wider die Feinde zu helfen auf dem Wege. Denn wir hatten dem König gesagt: die Hand unseres Gottes ist zum besten über alle, die ihn suchen.“ Zum Herrn haben wir uns bekannt, so schämen wir uns, kleingläubig zu denken und kleingläubig zu handeln. Auf ihn sind wir geworfen und auf ihn wollen wir es weiterhin wagen und wenn es sein Wille ist, auch im kommenden Jahre gehorsam den Kampf weiter führen, bis er uns den Frieden schenkt, der ihm gefällt.

Herzliche Segenswünsche sendet Euch allen

zum neuen Jahre

Euer Paul Humburg.

B.

Das Wort einer Synode zur Klärung und Wegweisung!

Essen, den 23. Dezember 1935.

Den Amtsbrüdern und Ältesten

der Bekennenden Gemeinden übersende ich nachstehende auf Bibel und Bekenntnis gegründete Darlegung der neuen kirchlichen Lage. Unter Berufung auf die zugesagte Freiheit der Verkündigung und auf die ausdrückliche Versicherung des Herrn Ministers für die kirchlichen Angelegenheiten, daß er in das innere Leben der Kirche nicht einzugreifen gedenke, übersende ich als Diener am Wort, dem das Evangelium zu predigen befohlen ist, als einer, dem mit Ihnen nach feierlichem Gelöbniß die Sorge befohlen ist, daß in der Gemeinde und Kirche alles ordentlich und ehrbar zugehe, diese Wegweisung zur Besprechung im brüderlichen Kreise. Ich bitte, die Stellungnahmen oder Entschickungen an den Herrn Minister, an den Landeskirchenausschuß und an mich gelangen zu lassen.

Ich bitte um der Wahrheit und Verantwortung willen, Zeitungsnachrichten über kirchliche Ereignisse erst dann anzunehmen oder hierdurch sich bestimmen zu lassen, wenn die Bestätigung durch die Organe der Bekennenden Kirche erfolgt ist. In der Gemeinschaft des Glaubens, der da lebendig macht und in der Anfechtung bewahrt, grüße ich alle Amtsbrüder und Ältesten mit der weihnachtlichen Losung des 4. Advent:

„Freuet Euch in dem Herrn allewege;
und abermal sage ich Euch: Freuet Euch!“

(Phil. 4, 4).

Heinrich Held, Pfarrer.

* * *

Auf der Evangelischen Bekenntnissynode an der Agger, die am 16. Dezember 1935 in Wiehl tagte, wurde einstimmig folgender Beschluß gefaßt:

„Die Kirche hat sich in der Zeit der Kirchenzerstörung durch die Deutschen Christen (D.C.) im Gehorsam gegen den Herrn der Kirche Notorgane der Leitung und eine Notordnung geben müssen. Diese Organe sind, solange diese Notzeit andauert, die vom Bekenntnis her einzig kirchlich rechtmäßigen Organe der Kirchenleitung.

Der Notzustand der Kirche ist durch die vom Staat als Leitung eingesetzten Kirchenausschüsse nicht behoben. Darum müssen die Notorgane der Bekenntenden Kirche das ihnen von der Kirche übertragene Amt der Leitung und Ordnung nach Schrift und Bekenntnis weiterhin ausüben.

Wir anerkennen also nach wie vor die Leitung der Bekenntenden Kirche als die allein rechtmäßige Leitung der Deutsch Evangelischen Kirche (D.E.K.) und erklären uns bereit, ihren Weisungen zu folgen.

Ihre Stellung zu den Kirchenausschüssen hat die Synode mit folgenden Sätzen begründet:

1. Die Bekenntende Kirche ist keine kirchenpolitische Gruppe in der Deutschen Evangelischen Kirche (D.E.K.), sondern Kirche Jesu Christi, da in ihrer Mitte das Wort Gottes allein Geltung haben soll, das durch die Heilige Schrift redet.
2. Daher wird der Weg der Bekenntenden Kirche bestimmt durch eine doppelte Verantwortung:
 - a) gegenüber dem Wort, das die Kirche schafft;
 - b) gegenüber dem Volk, dem die Kirche predigt.
 Sie muß sich darum vor 2 Irrwegen sichern:
 - a) vor dem schwärmerischen Irrweg, bei dem über der Verantwortung gegenüber dem Wort die Verantwortung gegenüber dem Volk vergessen wird. Dann ist die Kirche nicht mehr im Volk, sondern neben dem Volk;
 - b) vor dem verweltlichenden Irrweg, bei dem über der Verantwortung gegenüber dem Volk die Verantwortung gegenüber dem Wort vergessen wird. Dann ist die Kirche nicht mehr im Volk, sondern die Kirche ist das Volk.
3. Das Wissen um diese doppelte Verantwortung bedeutet für die Kirche heute, daß sie sich ihren Weg führen läßt, also:
 - a) nicht den selbstgewählten oder menschlich erzwungenen Weg in die Freikirche,
 - b) nicht den selbstgewählten oder menschlich erzwungenen Weg in die Staatskirche geht.
4. Beide Möglichkeiten bedrohen den Weg der Kirche, gegenwärtig besonders die Versuchung des selbstgewählten oder menschlich erzwungenen Weges in die Staatskirche.
5. Staatskirche: das würde von neuem heißen, daß
 - a) die weltliche Verwaltung und die geistliche Leitung der Kirche wieder auseinandergerissen werden;
 - b) daß die Kirche als Kirche kein lebengestaltendes Bekenntnis hat, sondern die Bekenntnisfrage wieder Privatangelegenheit des einzelnen Christen wird;
 - c) daß damit im Entscheidenden für das kirchliche Handeln nicht kirchliche, sondern außerkirchliche Gesichtspunkte maßgebend werden.
6. Nicht um diesen Weg zu beschreiten, sondern zu vermeiden und den echten Weg wahrer Kirche zu finden, hat die Bekenntende Kirche den Staat um Rechtshilfe gebeten angesichts der zerstörten kirchlichen Rechtslage, und den Weg dazu bereits im Januar 1935 durch die vorläufige Kirchenleitung gezeigt.
7. Da Ordnung und Leitung der Kirche zusammengehören, wollte die Bekenntende Kirche dem Staat Männer vorschlagen, die befähigt gewesen wären, die

Neuordnung in Übereinstimmung mit der geistlichen Leitung zu gewinnen. Der Staat hätte eine Leitung bestätigt, die von der Kirche selbst durch ihre Organe vorgeschlagen wäre.

8. Da der Staat diesen Weg zur echten Befriedung der Kirche ablehnte, und den politisch-diplomatischen Versuch machte, auf weltliche Weise die Kirchenfrage zu erledigen, wurde als Grundlage der Staatshilfe der für die Kirche unmögliche Satz aufgestellt: Die Kirche besteht zur Zeit aus 2 oder 3 gleichwertigen Gruppen, die sich auseinandergesamt haben, nun aber schleunigst eine gemeinsame Linie finden müssen, und da sie dies nicht allein können, müssen sie vom Staat dazu gebracht werden. Damit wird aus dem Dienst der Rechtshilfe Zwangsvollstreckung des Richters. Die Kirche konnte dem Ausgang dieses Experiments nur teilnahmsvoll, aber ohne große Hoffnung zusehen.
9. Der Standort der Kirche ist gekennzeichnet nach 4 Seiten:
 - a) die Rechtshilfe des Staates ist in den durch den Umfang des staatlichen Aufsichtsrechts gezogenen Grenzen nicht zu umgehen;
 - b) die Trennung von Leitung und Ordnung der Kirche ist in jeder Form unmöglich;
 - c) Union von Kirche und Nichtkirche innerhalb eines kirchlichen Rahmens muß scheitern;
 - d) die Kirche hat eine geistliche Leitung, die sich im Bekennen geistliche Autorität erworben hat: die Bruderräte. Eine Leitung ohne solche durch standhaftes Bekennen erworbene geistliche Autorität ist für die Kirche heute nicht mehr denkbar.
 Gegenüber den Ausschüssen des Staates hält die Kirche fest:
 - a) sie sind nicht durch kirchliche Mitwirkung berufen, sondern durch den Staat allein bestellt;
 - b) nicht bekenntnisgebunden in ihrem Amt, sondern gebunden durch ihren staatlichen Auftrag;
 - c) nicht die Lösung der Kirchenfrage, sondern wollen selbst nur ein Interim darstellen zum Zweck der Lösung;
 - d) ein solches Interim wird niemals die Lösung vermitteln können, da die Erfahrungen der Kirchengeschichte dem widersprechen und erst recht die Bindung an das Bekenntnis das Interim verbietet.
10. Aus diesen unaufgebbaren Ergebnissen des Kirchenkampfes und den Grenzen der Kirchenausschüsse ergaben sich folgende Mindesterwartungen für die Kirche:
 - a) die Tätigkeit der Ausschüsse hätte nur eine kirchenordnende, nicht kirchenleitende sein dürfen. Denn die Leitung der Kirche liegt bei denen, die geistliche Autorität haben, den Bruderräten;
 - b) Die Ausschüsse wären in erster Linie verpflichtet gewesen, sich das Vertrauen der Bekenntenden Kirche zu erwerben durch ihre Taten;
 - c) es hätte alsbald sichtbar werden müssen, daß Wesen und Wirkung ihrer Tätigkeit nur sein konnte, der Bekenntenden Kirche die Wege zu öffnen;
 - d) in der Arbeit der Ausschüsse hätte nichts unternommen werden dürfen, was ohne Rechtfertigung an Schrift und Bekenntnis blieb. Ihr gesamtes Handeln hätte dem Urteil der Kirche unterstehen müssen.
 - e) Männer, die im Blick auf Schrift und Bekenntnis ihr Versagen gezeigt haben, hätten durch die Ausschüsse verschwinden müssen und das Unrecht, das durch mißbräuchliche Anwendung politischen Führertums begangen war, bald wieder gut gemacht werden müssen.

11. Diesen Mindestwartungen ist bis heute noch nicht entsprochen worden. Ob die Möglichkeit für die Zukunft überhaupt noch gegeben ist, erscheint mehr als zweifelhaft. Vielmehr scheinen die Ausschüsse, nach den letzten Vorgängen zu urteilen, nur Handlanger zu sein bei der nun auf staatliche Ebene gehobenen Wiederholung des bereits im Jahre 1934 fehlgeschlagenen Jäger'schen Versuchs, durch weltliche Maßnahmen eine dem Staat hörige Deutsche Evangelische Kirche (D.E.K.) zu organisieren, in der das Bekenntnis als Privatangelegenheit zwar nicht angetastet wird, in der aber die Kirche als Kirche in Leitung, Aufbau und äußerer Verwaltung nicht mehr bekenntnisgebunden und selbständig ist.

a) Bereits der Aufruf des Reichskirchenausschusses wies in diese Richtung. Dieser Aufruf stellt sich nicht der durch den hinter uns liegenden Kirchenkampf geforderten Entscheidung, sondern versteigt sich in den Dunstkreis einer scheinbar über den Parteien stehenden Neutralität gegenüber der Wahrheitsfrage, vor die wir durch Gottes Gnade unausweichlich gestellt sind.

b) Die ersten Maßnahmen der Ausschüsse über die Wiederverwendung außer Dienst gestellter geistlicher Hilfskräfte und die Gottesdienste kirchlicher Minderheiten lassen erkennen, daß hier der alten, nicht der jungen Kirche gedient wird. Denn bei der Wiederverwendung geistlicher Hilfskräfte entscheiden die bekenntnislosen Konsistorien. Die Richtlinien für die Gottesdienste der Minderheiten ergeben den Anspruch der Unkirche auf die gleichberechtigte Benutzung kirchlicher Räume.

c) Die Arbeit der Ausschüsse wird gegen ihren Wunsch vom staatlichen Auftraggeber umgeben und begleitet mit Polizeimaßnahmen, die den Ausschüssen Autorität verschaffen sollen, wie Auflösung der kirchlichen Hochschulen, Zensur der kirchlichen Presse, Haussuchung beim preußischen Bruderrat, Sperrung des Treuhandkontos von Präses Koch, Erlaß der Polizei, durch den im Einvernehmen mit dem Minister die Jugendarbeit der Bekennenden Kirche zerschlagen wird.

d) Die Ergebnisse der Verhandlungen zur Bildung der Provinzial-Kirchenausschüsse sind die klare Erkenntnis, daß

1) die Kirchenausschüsse nur Handlangerdienste für die eigentlich regierenden Männer zu tun haben, der Reichskirchenausschuß für den Kirchenminister, die Provinzialkirchenausschüsse für die Deutsche-Christen-Bischöfe (D.C.B.) Der Ausdruck „Halz-

trause“ gibt ihre Stellung treffend wieder. Diese Deutsche-Christen-Bischöfe werden aus politischen Gründen nicht beseitigt;

2) die Ordnung der Kirche über die Ausschüsse nichts anderes als eine Union von Kirche und Nichtkirche unter staatlicher Obhut bezweckt;

3) über die Ordnung der Kirche nicht die Kirche, sondern der Staatsminister zu bestimmen hat;

4) dabei die Verwaltung der Kirche in die Hände bekenntnismäßig nicht gebundener Mächte gelegt wird;

5) das Evangelium von Jesus und die Irrlehre in der darüberstehenden Einheit eines „anderen Evangeliums“, d. h. „Nationalsozialismus“ als Religion, zusammengefaßt werden und in der Kirche aus Bekenntnischriften und Deutschen Christen ein neuer Menschentypus, der „dritte Kirchenmensch, der die Offenbarungen richtig aufnimmt“, entstehen soll.

e) Die Verordnung des Ministers vom 2. Dezember klärt die Stellung zu seinen Kirchenausschüssen endgültig. Es wird nunmehr deutlich, daß das gesamte Leben unserer Kirche auf diesem Wege in staatliche Zwangsverwaltung genommen werden soll. Die bekenntnisgebundene Leitung der Kirche, die ihre geistliche Autorität auf dem in der Kirche heute einzig möglichen Wege erworben hat, soll durch die Kirchenausschüsse beseitigt werden und an ihre Stelle sollen diese Ausschüsse treten, getragen von staatlicher, nicht kirchlicher Autorität, gebunden in ihren Entscheidungen an die Zustimmung des Ministers und seiner Ratgeber, selbst aber ohne Einfluß auf die Entscheidungen des Ministers. Die Kirchenausschüsse sind also weiter nichts als der Weg, über den mit Mitteln der Gewalt die Kirche in staatliche Zwangsverwaltung genommen werden soll im Geiste der Deutschen Christen (D.C.). Den guten Glauben und Willen einzelner Männer der Ausschüsse bezweifeln wir nicht. Aber ihnen zu folgen ist uns verwehrt durch das Wort Gottes und das Bekenntnis, durch die Geschichte, die Gott unter uns angefangen hat. Wir sind gerufen, auch in dieser Stunde den echt kirchlichen Weg zu erforschen und zu gehen in jener doppelten Bindung und Verantwortung gegenüber dem Wort und dem Volk. Nur so ist die Kirche ihrem Herrn gehorsam, dem zu gehorchen allein ihre Freiheit und ihr Heil ist.

Die Nichtsätze sollen in einer Sitzung der größeren Gemeindevertretung besprochen werden.“

C.

Das Wort einer Gemeinde zur Klärung und Wegweisung!

Anhausen, den 9. Dezember 1935.

Hochzuberehrender Herr Reichsminister!

In Ihrer Verordnung vom 2. Dezember d. Js. wird bestimmt, daß die von Ihnen gebildeten Kirchenausschüsse die gesamte Leitung der evangelischen Kirche haben sollen und die Ausübung kirchenregimentlicher Befugnisse durch andre Stellen als diese nicht mehr gebildet werden soll.

Die größere Gemeindevertretung unserer evangelischen Kirchengemeinde Anhausen hat am 11. Nov. 1934 mit einstimmigem Beschluß, der die Zustimmung der ganzen Gemeinde in einer Gemeindeversammlung gefunden hat, die Beziehungen zu dem damaligen Kir-

chenregiment als einem schrift- und bekenntniswidrigen abbrechen müssen, bis wieder eine evangelische, dem Worte Gottes und den Bekenntnissen gemäße Ordnung und Leitung der Kirche errichtet sei.

Die auf Grund der Verordnung vom 3. Oktober d. Js. gebildeten Kirchenausschüsse können und dürfen wir nicht als eine gemäß dem Worte Gottes gebildete Kirchenleitung anerkennen.

Auch wenn diese und die noch zu bildenden Ausschüsse eindeutig ihre Bindung an die Heilige Schrift nach dem Verständnis der reformatorischen Bekenntnischriften als alleinige und vollkommene Richtschnur für Glauben, Lehre und Leben der Kirche (vgl. § 1

unserer Kirchenordnung) bekundeten und aus lauter kirchlich ganz einwandfreien Personen zusammengesetzt sein würden, so könnten sie doch nicht als eine dem Worte Gottes gemäße Kirchenleitung anerkannt werden. Denn dafür fehlt ihnen die rechtmäßige Berufung. Diese kann nach dem Worte Gottes und den Bekenntnissen der evangelischen Kirche (vgl. Frage 85 des Heidelberger Katechismus, der die für unsere Gemeinde gültige Bekenntnisschrift ist) nur von der Gemeinde und Kirche erteilt werden.

Daß die Kirchenausschüsse keine schrift- und bekenntnisgemäße Leitung der Kirche sind, ist auch daran überaus deutlich, daß sie eine Kirchenleitung ohne Synoden sind. Denn die aus den Wahlen von 1933 hervorgegangenen Synoden haben allein schon durch ihr schriftwidriges Handeln ihr Amt verwirkt.

So lange also nicht durch eine Neuwahl von Synoden (und Presbyterien) ein neues rechtmäßiges und schriftgemäßes Kirchenregiment errichtet ist, müssen wir an der Leitung, die wir in den Synoden der Bekennenden Kirche und ihren Organen uns in der Not geben mußten, festhalten.

Die Kirchenausschüsse können daher in der Übergangszeit noch nicht eigentlich Kirchenleitung sein, sondern nur dazu dienen, daß durch Neuwahlen wieder eine rechtmäßige evangelische Kirchenleitung zustande kommt. In der Übergangszeit können sie nur die

Dinge regeln, die unbedingt für die Erhaltung der Organisation der evangelischen Kirche einheitlich in Ordnung gehalten werden müssen, wie die Verwaltung der Umlagemittel mit Hilfe der Finanzabteilungen usw. . . .

Für die Neuwahl der kirchlichen Körperschaften wird eine neue Wahlordnung, die nach Schrift und Bekenntnis zu prüfen und von den Kirchenausschüssen in Kraft zu setzen wäre, unumgänglich nötig sein.

Für jegliche Neuordnung der Kirche müssen wir an folgenden unaufgebbaren Forderungen festhalten:

1. Kein Amt in der Kirche ohne Bindung an die Heilige Schrift nach dem Verständnis der reformatorischen Bekenntnisse als alleiniger und vollkommener Richtschnur für Glauben, Lehre und Leben der Kirche.

2. Kein Amt in der Kirche „ohne Willen und Urlaub der Gemeinde“ (Luther), und darum Regierung der Kirche durch von den Gemeinden gewählte Synoden.

3. Die Gemeinde ist nicht das sogenannte „Kirchenvolk“, sondern nur die um Wort und Sakrament gesammelte Gemeinde.

Das Presbyterium:

gez. Unterschriften.

D.

Die Kirche im Spiegel unserer Gegenwart!

Wer mit dem Herzen den Weg unserer Kirche durch das Jahr 1935 mitgegangen ist, der wird deutlicher noch als in den beiden vorausgegangenen Jahren des Umbruchs für den Weg der evangelischen Kirche im dritten Reich die Lösung gehört haben:

„Gehe aus deinem Vaterland und von deiner Freundschaft und aus deines Vaters Hause in ein Land, das ich dir zeigen will.“

Die Gewißheit dieser Weisung des Herrn der Kirche macht getrost bei aller Einbuße und aller Not, die unserer Kirche widerfährt. Daß wir uns nur an diese Weisung halten! Es ist uns aufgegeben, der Kirche und ihrer ewigen Botschaft in einem neuen Lebensraum das unaufgebbare Lebensrecht zu erkämpfen. Es ist uns aufgegeben, nachdem die evangelische Kirche bisher vom Staat ihre Ordnung zu Lehen hatte, nach der Schrift und dem Bekenntnis die Ordnung der Kirche zu richten. Es ist uns aufgegeben, den missionarischen Dienst der Kirche in unserem Volk in neuer Vollmacht und auf neuen Wegen zu suchen. Es ist uns aufgegeben, den Dienst der christlichen Liebe neu zu sehen und anzugreifen. Es ist uns aufgegeben, in allen Beziehungen unserer Kirche zu Staat und Volk, zu Kultur und Wirtschaft ein neues Land der Ordnung und des Wirkens zu betreten. Es geht in

der Tat um die Existenz der evangelischen Kirche in unserem Volk! — Daher alle Not und Unruhe, Gewalt und Zwang! Daher aber auch die innere Gehaltenheit und Festigkeit, die Kraft zum Einsatz und die Freude des Bekennens! Daher kommen die zahllosen Trümmer, daher aber auch das Neuerwerden: die neuen Augen für die Heilige Schrift, die neue Gemeinschaft des Glaubens und der Liebe, der Leiden und Freuden durch die Gemeinden über ganz Deutschland hin.

Daß wir nur auf dem begonnenen Wege bleiben! Der Friede ist weit und die neue Ordnung schwer! Aber was tut das? Der Gehorsam ist von uns zuerst gefordert und die Wahrheit will bekannt sein in unseren Tagen. Wir danken und preisen den lebendigen Gott über allem Sterben einer alten Kirche. Wir danken und preisen ihn, der seine Kirche lebendig macht und bereitet für einen neuen Dienst. Wir bleiben stehen bei dem Wort:

„Der Herr hat mir das Ohr geöffnet und ich bin nicht ungehorsam, und gehe nicht zurück.“ (Jesaja 50. 5). —

Diesen Gehorsam haben wir vor Augen, wenn wir die Kirche im Spiegel unserer Gegenwart betrachten.

I. Pressespiegel.

Eine sehr beachtliche Stellungnahme zur kirchlichen Neuordnung bringt der „Durchbruch“ v. 31. 10. 1935:

„Die Neuordnung der evangelischen Kirche unter der Lenkraft des nationalsozialistischen Staates hat in dem evangelisch-christlichen Kampfabschnitt mindestens auf gewisse Zeit für Ruhe gesorgt. Daß die Neuordnung auch eine Neubelebung der evangelischen Kirche zur Folge haben möge, ist ein

Wunsch, der sich nach Lage der Dinge nicht erfüllen wird. Dafür ist die Spannung zu groß, die zwischen dem Evangelium von Jesus Christus, wie es in der Heiligen Schrift bezeugt und in den Bekenntnissen der Reformation neu ans Licht getreten ist,“ und „der nationalsozialistischen Volkverdung auf der Grundlage von Rasse, Blut und Boden“ nun einmal besteht. Die Spannung, die in diesen von den neuen

Kirchenausschüssen selbst gewählten Worten zum Ausdruck kommt, wird bleiben. Wer aber glaubt, daß etwa nun in Deutschland der Nationalsozialismus der Glaubensart des Christentums stillschweigend und allmählich untergeschoben werden könnte, verkennt den geschichtlichen Auftrag der nationalsozialistischen Idee. Er verkennt das Wesen der nationalen Revolution, in der wir heute stehen, und er verkennt das Schicksal Deutschlands, fruchtbringend für die Welt der Schoß zu sein, der auch heute wie vor vierhundert Jahren unter schweren Wehen eine neue Zeit gebiert.

Für das Ganze der Entwicklung ist deshalb die Neuordnung der evangelischen Kirche belanglos. Denn man kann doch nicht annehmen, daß die geistige Stoßkraft der nationalsozialistischen Idee erlahmt oder, um mit den Worten der Kirchenausschüsse zu sprechen, daß die nationalsozialistische Volkwerdung auf der Grundlage von Masse, Blut und Boden schon beendet sei, sodaß es möglich wäre, auf die bisher gewordene „irdische“ Form der neuen deutschen Volksgemeinschaft den fertigen Deckel des alten Christenglaubens zu setzen. Die nationalsozialistische Idee müßte ja ihren Totalitätsanspruch aufgeben und sich mit der Kirche in diesen Anspruch teilen, was doch nicht anzunehmen ist; oder aber, sie hält ihren Totalitätsanspruch aufrecht und setzt ihn immer kräftiger in die Wirklichkeit um, fordert den deutschen Menschen ungeteilt nach Körper, Geist und Seele — und für den seelischeren Auftrag der Kirchen bleibt immer weniger übrig. Er wird überflüssig und fällt ab wie eine alte Haut. Vorbedingung einer solchen Entwicklung ohne Kompromiß wäre, daß die deutsche Revolution auch ihren religiösen Auftrag vor dem Volk und vor der deutschen Geschichte immer deutlicher erkennt, ohne dessen Erfüllung sie allerdings, auf längere Sicht gesehen, im Vorhof ihres eigenen Wesens stehen bleiben und erst spätere, neue Entwicklungen vorzeichnen würde.“

* * *

Im „Reichswart“ vom 9. 11. 1935 meint Herr Nebentlow nachstehende dürftige und unrichtige Bemerkung über den Kirchenkampf nicht unterdrücken zu können:

„Die Christlichen Kirchen sehen sich hiermit vor hohen und großen Aufgaben, die gerade für sie auch außerordentlich schwer sind angesichts ihrer Vergangenheit. Das ergibt sich schon daraus, daß die inneren Streitigkeiten z. B. in der Evangelischen Kirche nicht vom Boden des Christentums, sondern nur dem des Volkstums und der Volksgemeinschaft beigelegt werden können; das Christentum an sich hat sich als unfähig hierfür erwiesen. Der Nationalsozialismus, der von christlicher Seite so lange abgelehnt und bekämpft wurde, mußte erst kommen, (!) um die „rabies theologorum“ zwingend zu beschwichtigen. Ohne Einsprizung des organischen Präparates: Volkstum in die Christlichen Beinen ging und geht es nicht.“

* * *

Eine freikirchliche Beurteilung der neuen kirchlichen Lage bringt das Blatt „Der Gärtner“, wie „Auf der Warte“ vom 10. 11. 1935 mitteilt:

„Keine der streitenden Gruppen hat bestimmenden Einfluß auf die künftige Kirchenführung bekommen. So wird auf dem Wege der Bürokratie und einer wohltemperierten Theologie der Neubau der Kirche bald

zustande kommen. Im wesentlichen „bleibt alles beim alten.“ Der Staat wird etwas mehr Abstand von der Kirche halten (Reichsminister Kerrl: Ich habe den evangelischen Pfarrern gesagt, daß ich keinen Wert auf eine Staatskirche lege), aber er wird den Einfluß der Kirche auf den Raum innerhalb ihrer Wände beschränken. Innerhalb der Kirchenmauern werden die verschiedenen Gruppen weiter miteinander im geistigen Ringen bleiben... im übrigen wird die kirchliche Bürokratie den Raum der Kirche so einzuteilen wissen, daß allerlei Auffassungen untereinander bestehen können... Mag ein kleiner Teil der ganz Unentwegten auf der Strecke bleiben — die große Mehrzahl wird sich auf dem Boden der Tatsachen finden!“

* * *

Ueber den Stand der kirchlichen Befriedung durch die staatlichen Kirchenausschüsse ist durch die spärlichen Pressemittelungen nicht immer ein zuverlässiges oder gar eindeutiges Bild zu erlangen.

Von den Pressemittelungen stiftete die Nachricht über die Stellungnahme der Pfarrervereine eine besondere Verwirrung. Der Vorstand der Deutschen Pfarrervereine kann jedoch gar keine bindende Erklärung über die Stellung seiner Mitglieder zu den Kirchenausschüssen abgeben. Aber abgesehen davon stammt die Pressemittelung vom 19. November 1935 und aus einem Vortrag des Reichsbundesführers vor dem Reichskirchenauschuß vom 14. November. Beide Mitteilungen beziehen sich also auf den Zustand vor der ministeriellen Verordnung vom 2. 12. 1935. Immerhin enthielt der Vortrag, der gedruckt wurde, bedeutsame Wünsche und Anliegen, von denen wir einige anführen:

„Wohl die übergroße Mehrzahl der deutschen Pfarrer und ihrer Gemeinden erblickt in den kirchlichen Wahlen vom August 1933 den Ausgangspunkt aller kirchlichen Umordnung. Damals wurden die Wahlen unter Gesichtspunkten vorbereitet und durchgeführt, die den kirchlichen Erfordernissen und Bestimmungen in keiner Weise gerecht wurden. Die Folge davon war, daß an vielen Orten kirchliche Körperschaften zustande kamen, die zu den ihnen verfassungsmäßig aufgetragenen Aufgaben nicht befähigt waren und außerkirchliche Gesichtspunkte in das innerkirchliche Gebiet hineinzugetragen versucht hatten.

Wenn wirklich die Kirche instand gesetzt werden soll, „die innerkirchlichen Streitfragen eines Tages in Ruhe und Ordnung selbst zu lösen“, so können wir uns keinen anderen Weg denken, als daß der Neubau bei der Umbildung der kirchlichen Vertretungskörper seinen Anfang nimmt...“

Jedoch bitten wir dringend, auf Grund eines neuen kirchlichen Wahlrechtes schon heute kirchliche Neuwahlen vorbereiten zu wollen, bei denen jeder Eingriff und jede Beeinflussung von außerkirchlicher Seite ausgeschaltet werden. — Wir wollen keine Staatskirche und ebensowenig eine Pastorenkirche, weil beide dem Wesen der evangelischen Kirche nicht entsprechen.

Zu diesen Notständen, die dem Pfarrer von unten her aus seiner Gemeindevertretung vielfach erwachsen, gefellten sich für seine Amtsführung bald neue Schwierigkeiten dadurch, daß in vielen Kirchengebieten von oben her Männer in die kirchliche Leitung gesetzt wurden, die weder das Vertrauen der Pfarrer und der Gemeinde besaßen, noch in der Art ihrer Leitung den Anforderungen entsprachen, wie sie nach dem Bekenntnis der Kirche an ein geistliches Kirchenregiment gestellt werden müssen. So konnte es nicht ausbleiben, daß das Vertrauen zu mancher Kirchenleitung und vor

allem auch zu der obersten Leitung der evangelischen Kirche mehr und mehr zusammenbrach.

Wir haben es daher begrüßt, daß durch die Verordnung des Herrn Reichsministers für die kirchlichen Angelegenheiten vom 5. Oktober 1935 betreffend Bildung eines Reichskirchenausschusses die Leitung und Vertretung der Deutschen Evangelischen Kirche dem Herrn Reichsbischof Ludwig Müller entzogen wurde.

Wir glauben aber, daß eine wahre Befriedung in der evangelischen Kirche nicht eintreten kann, solange nicht der Herr Reichsbischof endlich ganz seinen Platz räumt.

Unser evangelisches Kirchenvolk wartet auf eine ganz bestimmte sichtbare Tat des Kirchenausschusses: Die Entfernung des Reichsbischofs. Solange nicht diese vor aller Öffentlichkeit geschieht und in einer entsprechenden Kundgebung mitgeteilt wird, gewinnt es zu dem Kirchenausschuß nicht das unbedingt notwendige Vertrauen und kann an den Kirchenfrieden, den es sehnlichst vom Reichskirchenausschuß erwartet, nicht glauben.

Eine weitere Sorge ist uns dies: Die Professoren der Theologischen Fakultäten an den Universitäten werden neuerdings nur aus dem Lager der Deutschen Christen genommen. So soll in Bonn kein ordentlicher Theologieprofessor mehr sein, der nicht Deutscher Christ ist. Diese einseitige Besetzung ruft in der Deutschen Pfarrerschaft und im theologischen Nachwuchs größte Beunruhigung hervor.

Ein ganz besonderes Anliegen, das ich schon in Wernigerode Herrn Ministerialrat Dr. Stahn vortragen durfte, ist uns dies, daß durch Ausweisungen, durch Redeverbote, durch Aufhebung der kirchlichen Versammlungsfreiheit und durch die Beschränkung der kirchlichen Pressefreiheit die evangelische Verkündigung weit hin bedroht wird. Dadurch liegt auf den Geistlichen ein schwerer Druck, die Gemeinden werden beunruhigt und das Vertrauen zum Staat wird erschüttert. Wir bitten, dafür Sorge tragen zu wollen, daß für die Verkündigung des göttlichen Wortes dasjenige Maß von Freiheit und Schutz sichergestellt werde, welches allezeit die Voraussetzung der evangelischen Verkündigung ist.

Wir bitten daher einen hohen Kirchenausschuß, sich dafür einzusetzen zu wollen, daß uns evangelischen Geistlichen die ungehinderte Möglichkeit der öffentlichen Bezeugung des Evangeliums gegen alle antichristlichen Bestrebungen gewährt und alle bestehenden Beschränkungen baldmöglichst aufgehoben werden.

In der Frage der Jugend machen sich immer mehr auch innerhalb der Staatsjugendführung Strömungen bemerkbar, die darauf abzielen, die Jugend von jeglicher Autorität der Kirche und des Christentums abzugreifen. Es kann einwandfrei durch Material aus Reichsgebieten nachgewiesen werden, wie daran gearbeitet wird, die Jugend dem Christentum, wie es die Kirche bringt, zu entfremden. Der Vertrag der kirchlichen Jugendführung mit dem Evangelischen Jugendwerk vom 19. Dezember 1933 wird in ganz Deutschland fast nirgends gehalten."

Oder man beachte folgenden Pressevorgang:

Wir lasen eine Verordnung des Reichskirchenausschusses, daß dem vom Reichsbischof seiner Zeit ins Leben gerufenen „Frauendienst“ unter H. Hermenau „kirchenamtliche Bedeutung“ nicht mehr zukomme.

Ein paar Tage später wurde diese Entscheidung wieder zurückgenommen. Jetzt läßt der Reichskirchenausschuß erklären: „daß mit der Verfügung vom 13. Nov. in keiner Weise einer endgültigen Regelung des evangelischen Frauenwerkes

vorgegriffen werden soll.“ Es wird noch hinzugefügt, daß es Pfarrer H. Hermenau und benommen bleibe, seine Tätigkeit im Auftrag des „Frauendienstes“ fortzusetzen. —

Wir bedauern aufrichtig, daß der zweite Erlass den ersten wieder aufhebt und dadurch eine Wohlige Ordnungsmaßnahme unwirksam macht. Das darf nicht mehr passieren, sonst wird man künftig nach einer ergangenen Verordnung auf die zweite warten, um der ersten vertrauen zu können.

Der Klärung will nachstehende Mitteilung dienen:

„Durch Pressenachrichten wird der Anschein erweckt, als ob in zunehmendem Maße eine Befriedung der Evangelischen Kirche durch einen Abbau der Organe der Bekennenden Kirche zugunsten staatlicher Kirchenausschüsse erfolge. Hieraus erwächst die Gefahr, daß für die Bekennenden Gemeinden der klare Blick getrübt und ihre Aufgabe verharmlost wird. Besonders verwirrend haben die Nachrichten der Vorläufigen Kirchenregierung der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannovers und des Landeskirchenausschusses für den Freistaat Sachsen gewirkt.

In der Verantwortung für die Bekennende Kirche Deutschlands müssen wir dazu sagen: es handelt sich hier nicht um Neuierungen der Bekennenden Kirche Deutschlands, auch nicht um Erklärungen der Vorläufigen Leitung der Deutschen Evangelischen Kirche.

Seit der Synode zu Barmen hat die Bekennende Kirche unablässig bezeugt, daß jeder Versuch einer Neuordnung der Kirche unmöglich ist, bei dem nicht mit dem Bekenntnis in der Weise ernst gemacht wird, daß gegenüber den weit verbreiteten und immer mehr um sich greifenden Irrlehren dieser Zeit die klare Scheidung ausgesprochen wird.

Der Aufruf, mit dem der Reichskirchenausschuß in Verbindung mit dem Preussischen Landeskirchenausschuß an die Öffentlichkeit getreten ist, geht an diesem entscheidenden Anliegen der Kirche vorüber. Er mußte es tun, weil dem Ausschuß die Aufgabe gestellt ist, die beiden „Gruppen“ innerhalb einer Kirche zu vereinigen, was nur um den Preis möglich ist, daß der Irrlehre neben dem Evangelium Heimatrecht in der Kirche gewährt wird.

Die Bekennende Kirche wird deshalb die auf diesem Boden stehenden staatlichen Kirchenausschüsse immer nur als staatliche Hilfsorgane betrachten und als rechtmäßige Leitung im Sinne des Bekenntnisses nicht anerkennen dürfen. Es bleibt ihr darum verwehrt, ihren Anspruch, die rechtmäßige Kirche zu sein und in ihren Organen die rechtmäßige kirchliche Leitung zu haben, an die bekenntnismäßig nicht gebundenen Ausschüsse zu übergeben.

Wir bitten und ermahnen Pfarrer, Älteste und Glieder der Bekennenden Kirche, den festen Grund des Wortes Gottes nicht zu verlassen, das unter viel Not und Gebet Errungene und von Gott gnädig Geschenke nicht um eines unwahren Friedens willen preiszugeben.

„Wir haben desto fester das prophetische Wort, und ihr tut wohl, daß ihr darauf achtet als auf ein Licht, das da scheint in einem dunklen Ort, bis der Tag anbreche und der Morgenstern aufgehe in Euren Herzen.“ (2. Petri 1, 19).

Im Advent 1935.

Für die Arbeitsgemeinschaft der Kirchen mit staatlich nicht anerkanntem Kirchenregiment:
gez. Ford, Hamburg; D. Gumburg, Barmen; Klop-penburg, Wilhelmshaven; Müller, Dahlem; Niemöller, Dahlem; Wester, Westerland."

II. Briesspiegel!

Der Vorsitzende des preußischen Landeskirchenausschusses, D. Eger, richtet wöchentliche Briefe an die preußischen Pfarrer, um sie „teilnehmen zu lassen an unserer Arbeit, sonderlich den Gedanken und Sorgen, die uns bewegen.“ Da wir keine Pastorenkirche im Rheinland gewesen sind und auch fernerhin nicht zu werden gedenken, glauben wir auch die Gemeinden teilnehmen lassen zu sollen an der Arbeit, den Gedanken und Sorgen des Landeskirchenausschusses.

I.

Es ist bekannt, daß der damalige Aufruf der beiden staatlichen Kirchenausschüsse in den Gemeinden weithin eine sehr geteilte Aufnahme gefunden hat. Manche Briefe sind deshalb an D. Böllner und D. Eger gerichtet worden. Wir meinen im Wochenbrief vom 8. 11. 1935 eine Ergänzung des damaligen Aufrufes zu lesen, den wir der Gemeinde nicht vorenthalten wollen. Dort heißt es:

„Wir verstehen die Sorge, die durch unsere Gemeinden geht, es möchten nicht nur weite Kreise unseres Volkes, sonderlich der Jugend, sondern auch die Kirche selbst in die Bewegung des Neuhidentums hineingezogen und die Verkündigung der Kirche, ich will es einmal stark ausdrücken, entchristlicht werden. Demgegenüber muß es unsere vordringliche Aufgabe sein, den Grund der Kirche vor allem Volk sichtbar werden und das reformatorische Verständnis des Evangeliums dem deutschen Volke nicht verloren gehen zu lassen.“

Es wäre jedoch unevangelisch, solches mit Anwendung von Zwangsmitteln erreichen zu wollen.“

II.

Zur Abwehr hier und da aufgetretener Mißdeutung der Arbeit des Landeskirchenausschusses nimmt D. Eger im Wochenbrief vom 17. 11. 1935 das Wort, welches wir Pfarrer unseren Gemeinden pflichtgemäß weitergeben:

„Leider ist in manche Gemeinden dadurch neue Beunruhigung hineingetragen worden, daß sich staatliche Organe hier und da zu Eingriffen veranlaßt sahen. Ich brauche mich wohl nicht mit den Verdächtigungen auseinanderzusetzen, daß diese Eingriffe vom Landeskirchenausschuß gewünscht oder veranlaßt worden seien. Eine Kirche, welche die Polizei zu Hilfe ruft, ist keine evangelische Kirche mehr. Innerhalb der Kirche müssen selbst der Kirche unerwünschte Vorgänge durch Maßnahmen der Kirche überwunden und, will's Gott, unmöglich gemacht werden. Eine Kirche, die dazu die innere, ja ich möchte sagen geistliche Kraft nicht aufzubringen vermag, verwickelt ihr Recht, Kirche des Evangeliums zu sein.“

Dazu kommt, daß die gegenwärtigen Ausschüsse selbst vom Staate den Auftrag haben, in der Kirche kirchlich zu handeln. Wir würden diesem unserem Auftrag geradezu widersprechen, wenn wir in der Kirche staatlich zu handeln versuchten. Wir bitten daher den Staat, uns die Erfüllung dieses unseres Auftrages nicht zu erschweren dadurch, daß er sie uns scheinbar erleichtert. Denn wir wollen und müssen wieder dahin kommen, daß geistliche Dinge geistlich gerichtet werden.

Natürlich können die Ausschüsse nicht bloß mit freundlichen Worten und gutem Zureden oder auch mit bloßen Richtlinien und Grundsätzen arbeiten. Es müssen auch Maßnahmen getroffen werden, die rechtsverbindlichen Charakter tragen. Wir wissen, daß

darauf schon lange gewartet wird, und daß dieses Warten oft länger dauert als uns selbst lieb ist. Dazu möchte ich noch ein Wort sagen. Wir haben es in den letzten beiden Jahren erlebt, daß solche Gesetze und Maßnahmen sehr schnell herauskamen. Aber diese Schnelligkeit trägt ein gerüttelt Teil Schuld mit an der Rechtsunsicherheit, in der sich unsere Kirche befindet. Wenn es eine unserer Aufgaben ist, diesen Zustand zu überwinden, so kann Schnelligkeit nicht oberster Leitsatz unseres Handelns sein. Es muß vielmehr alles wohl überlegt werden. Sonst nehmen die Rechtsstreitigkeiten und Prozesse in der Kirche nur einen neuen Aufschwung. Und das Chaos wird nicht kleiner, sondern größer.“

III.

Damit unsere Gemeinden auch an der Arbeit, sonderlich den Gedanken und Sorgen ihrer Pfarrer und Ältesten teilnehmen können, bringen wir nachstehend ein briefliches Echo auf die Schreiben von D. Eger. Nur in Rede und Gegenrede kann sich auch für die Gemeinden eine Klärung vollziehen, welche das Urteil über die Ausschüsse und ihre Arbeit kirchlich sachgemäß bestimmt. Das Echo lautet:

Bukow/Märk. Schweiz, den 23. 11. 1935.

„Sehr verehrter Herr Generalsuperintendent D. Eger!

Sie haben uns in Ihrem Rundschreiben (vom 8. Nov.) brüderlich angeredet. Das danken wir Ihnen. Und wir denken, in Ihrem Sinne zu handeln, wenn wir Ihnen in demselben brüderlichen Geist erwidern.

Wir hören mit Genugtuung aus Ihrem Munde ein klares Bekenntnis zu der evangelischen Wahrheit, wie sie durch die Reformation Martin Luthers wieder ans Licht gebracht worden ist. Wollte Gott, ein solches Bekenntnis wäre in den letzten drei Jahren von den verantwortlichen Stellen unserer Kirche immer abgelegt und in die Tat umgesetzt worden!

Aber wir hören dies Bekenntnis ohne dasjenige, was den Bekenntnissen der Väter die Kraft des echten Zeugnisses gegeben hat: nämlich die klare, bestimmte und tapfere Abgrenzung gegen die in die Kirche eingedrungene Irrlehre, durch die ein solches Bekenntnis nötig geworden ist. Sie sprechen von einer „Sorge“, daß das Neuhidentum in der Kirche Eingang finden könne.

Und dann reden Sie von der „Deutschen Glaubensbewegung.“ Sie müssen schon verzeihen, wenn wir Ihnen in aller schuldigen Ehrerbietung sagen: damit gehen Sie um das herum, worum es sich in Wirklichkeit handelt. Es handelt sich um die Irrlehre, der die Deutschen Christen Eingang in die Kirche verschafft haben — um eine Irrlehre, die nicht als Gegenstand der Sorge irgendwo am Horizonte steht, sondern die täglich in unserer Mitte ist und unsere Kirche von innen her zerstört.

Wie kann man von „Sorgen“ sprechen, — wenn soeben der Bischof Kessel Sätze veröffentlicht hat, von denen Sie genau so wissen wie wir, daß sie dem Evangelium ins Gesicht schlagen? Wie kann man von „Sorge“ sprechen — wenn in der altpreussischen Kirche überall Männer im Amte der Leitung sitzen, die seit jener unseligen Sportpalastversammlung das Evangelium wieder und wieder verleugnet haben? Wenn man sich nicht dazu entschließen kann, diese Dinge beim Namen zu nennen, dann kann man einer Kirche auch nicht in dem schwersten Augenblick ihrer Geschichte die Hilfe bringen, die sie braucht!

Verehrter Herr Generalsuperintendent! Sehen Sie denn die entsetzliche Gefahr nicht, die darin liegt, daß nun all die Oberflächlichen und Klengstlichen und Kampfesmüden, die Ihre Worte lesen, sagen werden: Es ist ja nun alles wieder gut, nachdem von oben her so treffliche Worte gesprochen worden sind — und in Wirklichkeit bleibt alles, wie es war; die Irrlehre geht unangefochten weiter; eine Reinigung der Kirche kommt nicht zustande — und die Kirche stirbt schließlich an diesen gutgemeinten Worten, hinter denen keine Taten stehen?

Sie rufen uns zum Vertrauen auf den Herrn der Kirche, der die ewige Wahrheit zum Siege bringen wird.

Wir lassen uns gern zu solchem Vertrauen rufen — es fragt sich nur, wer das ist, der uns ruft! Das ist nicht persönlich, sondern sachlich gemeint. Sie sagen selbst: Gott macht uns verantwortlich! Jawohl! Er macht uns alle verantwortlich! Eben deshalb haben wir es für unsere Pflicht gehalten, ohne Menschenfurcht und ohne Rücksicht auf unser eigenes Geschick für die echte evangelische Lehre in der Kirche einzustehen. Aber im gegenwärtigen Augenblick macht Gott in besonderer Weise diejenigen verantwortlich, die es übernommen haben in der Kirche Ordnung zu schaffen. Diese Männer, unter denen Sie ein führendes Amt haben, haben den Auftrag übernommen, zu handeln. Darum erwarten wir von Ihnen Taten! Nicht Ermahnungen, nicht Proklamationen, sondern Taten! Handeln Sie, Herr Generalsuperintendent! Und wenn Sie gehandelt haben, dann rufen Sie uns zum Vertrauen auf den Herrn der Kirche!

Was ist denn geschehen, seit Sie dem Ruf des Staates gefolgt sind? Gewiß, es sind einzelne Erleichterungen geschaffen worden, — übrigens, soweit wir zu sehen vermögen, weniger durch den altpreussischen Ausschuß, an dessen Spitze Sie stehen, als durch den Minister und durch den Reichsausschuß. Aber noch sind in den altpreussischen Konsistorien die deutschchristlichen Machthaber alle in ihren Ämtern! Noch nicht ein einziger ist beseitigt. Noch werden unsere Gemeinden weithin von Gemeindefürsprechern regiert, die eindeutig bei Dinter oder bei Krause oder gar bei Hauer stehen. Noch geht in den Fakultäten die Zerstörung der evangelischen Substanz weiter ihren Gang. Die Zurückdrängung der Kirche aus dem öffentlichen Leben geht weiter. Die untragbaren Einschränkungen kirchlicher Arbeit — wir erinnern nur an die Frauenhilfe — gehen weiter. Sie, der Sie das alles wissen und, wie wir zuversichtlich hoffen, es genau so beurteilen wie wir, Sie, der Sie Vollmachten und Möglichkeiten haben, die von uns keiner hat, um hier einzugreifen, — Sie rufen, statt zu handeln, uns zum Vertrauen auf den Herrn der Kirche! Nein, Herr Generalsuperintendent, so geht es nicht!

Wir müssen hier die Frage stellen: In welcher Vollmacht erheben Sie diesen Ruf? Sie haben einen Auftrag des Staates übernommen. Sie haben nicht ein geistliches Amt von der Kirche, sondern einen Auftrag des Staates. Dieser Auftrag kann sich der Natur der Sache nach nur auf die Regelung äußerer Dinge beziehen. Auf diese Regelung warten wir! Solange aber nicht geschehen ist, was der Inhalt Ihres Auftrages ist, können wir von Ihnen nicht seelsorgerliche Mahnungen annehmen. Wir können sie nur von solchen annehmen, die dazu Vollmacht und Auftrag von der Kirche haben — es sei denn, daß Gott selbst jemandem ein Wort in den Mund legt, das uns zum Aufhören zwingt. Einem vom Staat mit einem bestimmten Auftrag versehenen Geistlichen aber wird nach unserm Verständnis von Geist und Kirche erst dann

ein solches Wort geschenkt werden, wenn er seinen Auftrag erfüllt und damit den Verdacht beseitigt hat, daß Worte da eintreten sollen, wo Taten nicht zustande gebracht werden.

Es wird uns schwer, dies alles gerade Ihnen, sehr verehrter Herr Generalsuperintendent, sagen zu müssen. Aber in dieser bitteren Not der Kirche gilt das Wort des Herrn: „So jemand zu mir kommt und haßt nicht seinen Vater, Mutter, Weib, Kinder, Brüder, Schwestern, auch dazu sein eigenes Leben, der kann nicht mein Jünger sein!“ Wir wollen bereitstehen für jedes seelsorgerliche Wort, das Sie uns im Namen unseres Herrn glauben sagen zu müssen. Denn wir wiederholen: zu Ihrem Verständnis des biblischen Evangeliums haben wir volles Vertrauen. Aber erst müssen Sie tun, was der Inhalt, und zwar der einzige Inhalt Ihres gegenwärtigen Amtes ist! Dann reden Sie! Und dann wollen wir hören!“

Der Budower Pfarrkonvent:
gez.: 16 Unterschriften.

* * *

Nach den Empfängen des Preuß. Bruderrates und der Vorläufigen Leitung der D.G.K. durch Minister Kerrl am 27. Nov. und nach der Verordnung vom 2. Dez. über die Entmündigung der Organe der Bekennenden Kirche sind viele Briefe geschrieben worden, von denen wir einige und einiges mitteilen. Zunächst ein paar Briefe an D. Böllner:

„Die Konferenz der Superintendenten und Vertrauensleute der Provinz Westfalen richtet im Blick auf die Vorgänge der letzten Woche an Sie folgendes Wort:

Sie befinden sich in einer Lage, aus der es nur zwei Wege gibt: entweder Sie geben Ihren Auftrag, weil er in sich unmöglich geworden ist, in die Hand des Staates zurück oder Sie müssen auf dem nunmehr von dem Staat beschrittenen Wege Ihre Hand zur Verfolgung der Bekennenden Kirche bieten.

Ihre kirchliche Lebensarbeit, von der wir dankbar gelernt haben, steht auf dem Spiele..

Wir müssen unseren Weg zu Ende gehen, komme was da wolle. Gott gebe, daß wir auch das letzte Stück Ihres Lebensweges in der Gemeinschaft des Glaubens und Wollens mit Ihnen zusammengehen können.“
gez. Unterschrift.

* * *

„Die neue Verordnung des Herrn Reichsministers für die kirchlichen Angelegenheiten zusammen mit den neuen Maßnahmen der Geh. Staatspolizei gegen die Bruderräte und die kirchliche Presse hat die Lage, in der unsere evangelische Kirche sich befindet, endgültig geklärt. Das gesamte Leben unserer Kirche ist in staatliche Zwangsverwaltung genommen.

Die Leitung der amtlichen Kirche liegt bei dem Reichsminister und seinen Mitarbeitern. Der Minister setzt der Kirche die Organe der Leitung. Er trifft alle wesentlichen Entscheidungen. Er trifft sie autoritär, entsprechend dem staatlichen Führerprinzip. Und zwar regiert er, wie sich das aus der Natur seines staatlichen Amtes ergibt, nach politischen Gesichtspunkten. Mit aller Deutlichkeit hat sein Beauftragter, der Ministerialrat Stahn, erklärt, daß die Beseitigung der im Jahre 1933 in die Kirchenleitung eingedrungenen Personen, die die bekennnistreue Gemeinde einmütig fordert, aus politischen Gründen nicht möglich sei. . . .

Bei seiner Leitung der Kirche bedient sich der Minister der von ihm zusammengestellten Kirchenausschüsse. . . . Bei ihren Entscheidungen sind sie an die Zustimmung des Ministers und seiner Ratgeber gebun-

den, — während der Minister ihnen seinerseits einen Einfluß auf die wichtigsten Entscheidungen nicht gestattet.

Um diesen Ausschüssen Autorität zu schaffen, ist die Geh. Staatspolizei über ganz Deutschland hin eingesetzt worden. Sie hat alles unterdrückt oder beschlagnahmt, was auch nur die leiseste Kritik an den Ausschüssen bedeuten könnte. Sie hat über jedes verbietfähige Blatt, das die Bruderräte der Bekennenden Kirche herausgeben würden, eine Vorzensur von drei verschiedenen Stellen verhängt. Sie hat diese Vorzensur auf die Sonntagsblätter ausgedehnt. Selbst das Wort der Vorläufigen Kirchenleitung, das Vertrauen und Bereitschaft zur Mitarbeit aussprach, ist beschlagnahmt worden, weil darin bestimmte Wünsche und Anliegen ausgesprochen waren. Ganz zu schweigen von den sonstigen Beschränkungen, die über kirchliche Arbeiten aller Art verhängt worden sind.

Von diesen Maßnahmen der Polizei umgeben, haben die Ausschüsse es unternommen, das Leben der evangelischen Kirche bis in die innersten Angelegenheiten hinein zu leiten!

Was so entstanden ist, ist Zug um Zug dasselbe, was Herr Dr. Jaeger in den Jahren 1933/34 zu erreichen versucht hat. Es ist eine staatliche Zwangsverwaltung der Kirche mit Mitteln der Gewalt im Geist der Deutschen Christen. . . .

Und dies alles geht vor sich unter Ihrer Mitverantwortung, Herr Generalsuperintendent, und unter ständiger Berufung auf Ihre Zustimmung und Mitarbeit!

Das gehört für uns zu dem Erschütterndsten, was die neue Lage mit sich gebracht hat. . . .

Bitte sagen Sie nicht: es handle sich nur um einen Uebergang; nach zwei Jahren würden wir eine freie, nur noch auf Bibel und Bekenntnis gegründete evangelische Kirche haben! Eine Kirche, die es sich für zwei Jahre verbieten läßt, zu sagen, was biblische Wahrheit und was Irrlehre ist, hat ihrem Herrn die Treue gebrochen. Hier gibt es kein Moratorium!

Was nach zwei Jahren sein wird, das werden nicht die Kirchenausschüsse entscheiden, sondern der Minister. Er wird seine Entscheidung auch dann nach politischen Gesichtspunkten treffen müssen. Aus politischen Gesichtspunkten soll eine wahrhaft freie und echte evangelische Kirche entstehen? Nein, was in diesen zwei Jahren geschieht, übt seine Wirkung auf unabsehbare Zeit hinaus! Es ist, wenn das Steuer nicht noch herumgeworfen wird, der Anfang einer langen Gefangenschaft der Kirche!

Wir haben dafür die Erfahrung der Geschichte. In der Zeit der Reformation war die Lage nicht viel anders, als sie heute ist. Auch damals war die rechtliche Ordnung zerstört. Luther rief die weltliche Obrigkeit zu Hilfe. Er wollte ihre Tätigkeit beschränkt sehen auf die äußeren Angelegenheiten. Für eine Zeit der Not wollte er sie in Anspruch nehmen. Und das Ende war das landesherrliche Kirchenregiment, das vierhundert Jahre lang gedauert hat. Sie wissen, mit welcher inneren Not Luther selbst die Anfänge dieser Entwicklung mitangesehen hat. Er war nicht imstande, den Lauf der Dinge aufzuhalten. Glauben Sie wirklich, daß Gott einem aus unserer Mitte schenken wird, was er damals Martin Luther nicht geschenkt hat?

Dabei handelte es sich damals um eine christliche Obrigkeit, die in der evangelischen Gemeinde wurzelte. Heute haben wir einen Staat, der allen Religionen ein Hüter und Schützer sein will, sofern er sie nicht für unvereinbar mit dem Zweck des Staates hält. Der moderne Staat kann seinem Wesen nach nicht die Ver-

pflichtung zur Förderung des Evangeliums übernehmen, die das alte landesherrliche Kirchenregiment übernommen hat. Er kann nur Staat sein. Er kann nur nach staatlichen Gesichtspunkten handeln und leiten. Was unter seiner Verwaltung entsteht, muß notwendig eine politisierte Kirche werden. Und eine politisierte Kirche ist nicht mehr die Kirche Jesu Christi! Wollen Sie wirklich diese Entwicklung mit Ihrem Namen decken?" —

Die Bekenntnissynode von Berlin-Brandenburg.

* * *

Bedeutung ist auch nachstehender Auszug aus dem Brief eines hervorragenden lutherischen Theologen:

„Sie fragen nach der Irrlehre der Deutschen Christen, um festzustellen, daß eine solche im Augenblick nicht festzustellen ist, eine Wahrnehmung, die in dem Brief des Herrn D. J. noch stärker zutage tritt. Hier kann ich nur ganz naiv fragen, wozu wir dann in den letzten zwei Jahren aufgestanden sind. . . . Denn wenn es sich nur um einen Richtungsunterschied handelte, dann durfte man das die Volksgemeinschaft tatsächlich bedrohende Aufnehmen des Kirchenkampfes nicht wagen. Aber es handelt sich nicht darum. Das haben die fränkischen Bauern im Oktober 1934 mit instinktiver Klarheit gewußt, obwohl es doch ihnen in Bayern wahrlich schwer gemacht war, hinter den Verschleierungen das deutsch-christliche Gesicht der Bewegung zu erkennen. Uns ist es leicht gemacht. Wir kennen nun all die Möglichkeiten der Deutschen Christen von Emanuel Hirsch bis zu Julius Leutheuser und haben zu wiederholten Malen erklärt, daß wir hier das Erbe des Schwärmertums, der Aufklärung, des illusionistischen Idealismus sahen. Die Gegner, die die Kirche immer im Verborgenen bedroht haben, sind endlich ganz klar in der Öffentlichkeit der Kirche uns entgegengetreten. Daß man gleichzeitig die Bundesgenossenschaft einer starken politischen Weltanschauung glaubt für sich ausnützen zu können und sie auch tatsächlich ausgenützt hat, hat die Gefahr für die Kirche nur noch deutlicher hervortreten lassen. Mit diesem Gegner kann man nicht so fertig werden, wie man mit dem Liberalismus glaubte fertig zu sein. Darum war es ein bekenntniswidriges Handeln, bei der Bildung der Kirchenausschüsse, von diesen Dingen zu schweigen, in dem offiziellen Aufruf vom Oktober Formeln zu gebrauchen, die einen schillernden Eindruck machten, und bei den ersten gesetzgeberischen Akten Entscheidungen zu treffen, die den Abwehrkampf gegen die Irrlehre lähmten. Es ist doch nun so, daß die Herren Dietrich, Weidemann und, wenn ich mich recht erinnere, auch Coeh den Thüringern ihre Sympathie bezeugt haben. Es ist doch so, daß Herr Coeh durch seine offiziellen Kundgebungen den bayerischen Kundgebungen in schärfster Weise gegenübertrat.

Es ist doch so, daß gerade die Kundgebungen des sächsischen Kirchenamtes die Säkularisierung der Kirche am stärksten bezeugten. Wie man dann Herrn Coeh zum Ordinatore bestellen oder ihn in seiner Ordinationsgewalt bestätigen konnte, ist mir völlig unfasslich. . . . Nein, es wäre die Pflicht von Herrn D. Jöbner gewesen, daß er die Macht, die ihm nun gegeben ist, zur Deckung dieser bedrohten und bedrängten Brüder in Hessen und Sachsen verwandt hätte. Das hat er aus Gründen, die mir bisher noch nicht ganz klar geworden sind, nicht getan. Aber damit hat er tatsächlich im Gegensatz zu all dem, was er früher gesagt hat, den Kampf gegen die Irrlehre der Kirche für gleichgültig bezeichnet.“ —

* * *

Der Bruderrat und Beirat der Arbeitsgemeinschaft der missionarischen und diakonischen Werke und Verbände bringen folgenden einmütigen Beschluß vom 5. Dezember 1935 der Vorl. Leitung der D.E.K. zur Kenntnis:

1. Wir stellen fest, daß der Erlass des Herrn Reichskirchenministers vom 2. Dezember 1935 betr. kirchenregimentliche und kirchenbehördliche Befugnisse innerhalb der Ev. Kirche dem Bekenntnis der Ev. Kirche widerspricht. Es ist dabei insbesondere auf Augustana 28 zu verweisen.

2. Wir stellen fest, daß der Erlass einen Eingriff in das innere Leben der Kirche mit sich bringt, auf dessen Ernst die Leitung der Kirche hinzuweisen hat.

3. Wir bitten die B.K., eine entsprechende Erklärung ihrerseits an das Ministerium für kirchliche Angelegenheiten abzugeben und die mit ihr verbundenen Kirchenleitungen zu einem gleichen Schritt zu veranlassen.

Für den Bruderrat und Beirat der Arbeitsgemeinschaft
gez. Unterschriften.

* * *

Aus dem Briefe eines hervorragenden B.K.-Mitgliedes nach dem 27. November:

„Meinen Sie, wir wären mit dem 27. November einverstanden? . . . Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. . . Wenn der Weg, eine Kirche zu bauen, in der das Bekenntnis die entsprechende Stelle hat, nicht mehr möglich ist, dann wissen wir, was wir zu tun haben. Unser Entschluß ist unerbittlich fest. Aber gerade, weil wir der Kirche gegenüber die ungeheure auf uns lastende Verantwortung fühlen, darum muß das Neueste versucht werden, ehe wir zurücktreten. Bereit sind wir dazu. Aber sachlich: wir wissen die Grenze, die für uns unüberschreitbar ist. Und diese Grenze werden wir halten!“ —

III. Zur Lage in der D. E. K.

Bayern:

Die Lage in Bayern ist noch nicht geklärt. Der Landeskirchenrat hat einen Vertreter der D.E. angehört, um nichts zu versäumen, was zu einer Einigung führen könnte. Die D.E. haben indessen unannehmbare Forderungen gestellt. Sie forderten völlige Freiheit für ihre Propaganda, verlangten als „gleichberechtigte Gruppe“ anerkannt zu werden, und in der Bayerischen Kirchenleitung ein entscheidendes Wort mitzureden. Auch wollten sie durch eigene D.E.-Geistliche betreut werden. Gleichzeitig schlugen sie einen solchen Propagandaton an, daß allein um deswillen die Einigungsbemühungen nicht sehr aussichtsreich sein konnten. Der Landeskirchenrat mußte bei alledem an einer Grundvoraussetzung festhalten, unter der allein eine Einigung möglich ist: die D.E. in Bayern müssen sich klar und entschieden von der Frrlehre trennen, mit der sie durch ihre Verbindung mit den D.E. anderer Kirchengebiete Gemeinschaft haben. Für diese Bedingung bringen die D.E. wenig Verständnis auf. Muß schon ein intaktes Landeskirchenregiment so mit den D.E. verfahren, um wieviel mehr gilt diese unaufgebare Grundforderung für die Gebiete mit zerstörtem oder gar schlechthin deutsch-christlichem Kirchenregiment (z. B. in den altpreussischen Provinzen). — Bei Bekanntwerden der neuen Verordnungen des Ministers Kerrl fanden in Nürnberg und anderen Städten große Bekenntnis-Gottesdienste statt. In der Nürnberger St. Lorenzkirche hörten 5000 die Predigt von Oberkirchenrat Schieder, der darüber sprach, was uns von den D.E. trennt und was über eine ordnungsmäßige Kirchenleitung zu sagen ist. Eine Verbielfältigung der Ansprache des Ministers Kerrl vom 27. 11. wurde beschlagnahmt. Der zur Unterrichtung der Pfarrämter bestimmte Informationsdienst der landeskirchlichen Pressestelle wurde verboten. Ebenso der Rundbrief der Bayerischen Bekenntnisgemeinschaft. Der Kampf gegen die Konfessionsschule ist in Bayern besonders hart. Man sieht darin nicht nur einen Kampf gegen eine besondere Schulgattung, sondern einen Teilabschnitt im Kampf gegen eine christliche Erziehung überhaupt.

* * *

Rheinland-Pfalz:

Dort ist ein Landeskirchenausschuß eingesetzt, dessen Schwierigkeiten innerer Art recht erheblich sind. Ueber die dadurch gegebene Lage hören wir:

„Der Landesbruderrat hat sich erneut in eingehenden Verhandlungen mit der gegenwärtigen Lage

beschäftigt und für seine Weiterarbeit folgende Richtlinien festgelegt:

1. Der Landesbruderrat ist gewillt, die Arbeit des Landeskirchenrats im Sinne der bisher von dem Landesbruderrat bekanntgegebenen Grundsätze zu fördern. Er sieht in ihm ein Organ der infolge der Zerstörung der Rechtsordnung notwendig gewordenen Rechtshilfe und erkennt ihm die dafür erforderlichen Befugnisse zu. Es kann indessen nicht der Sinn des eingeleiteten Befriedungswerkes sein, daß die Geltung von Schrift und Bekenntnis auch für Verfassung und Verwaltung der Kirche in Frage gestellt und schrift- und bekennniswidriger Lehre in der Kirche Gleichberechtigung eingeräumt wird. Der Landesbruderrat kann demgemäß nicht die ihm erwachsenen Aufgaben und die dafür notwendigen Befugnisse preisgeben, bevor nicht eine nach kirchlichen Grundsätzen gebildete Synode die endgültige Ordnung der Kirche geschaffen hat.

2. Der Landesbruderrat sieht als Ziel aller Arbeit — gemäß dem Gesetz vom 24. 9. 1935 — „die Herbeiführung einer Ordnung an, die der Kirche ermöglicht, in voller Freiheit und Ruhe ihre Glaubens- und Bekenntnisfragen selbst zu regeln.“ Bis dahin müssen alle Maßnahmen und Handlungen des Landeskirchenrats in den Schranken einer vorläufigen Regelung gehalten bleiben.

Der Landesbruderrat ist sich darüber einig, daß diese Feststellungen den Grundsätzen entsprechen, die bei den vor der Bildung des Landeskirchenrats geführten Verhandlungen maßgebend gewesen sind.“ —

* * *

Sachsen:

„Durch die Berufung eines Landeskirchenausschusses für Sachsen ist den Männern, die bisher das von uns bekämpfte deutsch-christliche System getragen und verkörpert haben, bis auf weiteres die Macht genommen worden. Wird der damit gemachte Versuch gelingen? Ist der eingeschlagene Weg Brücke zu einem neuen Anfang? Ist er etwa der ungewollte Anfang einer neuen Staatskirche? Sollen die aufgebrochenen Gegensätze verschleiert und eine von uns nicht zu tragende Frrlehre als kirchliche „Richtung“ geduldet und anerkannt werden? Tausend Fragen stürmen auf uns ein, und die Antworten darauf werden bei den einzelnen sehr verschieden sein. Gelöst ist noch nichts, die Würfel sind noch nicht gefallen.“

Die Deutschen Christen beginnen jetzt mit einer großen Propaganda über das ganze Land und daran wird klar, daß das wirkliche Ringen erst jetzt beginnt. Es wäre eine Täuschung, wenn wir bei den Deutschen Christen nur einen Machtanspruch sehen wollten. Es ist sicherlich weithin ein Kampf um die Macht gewesen, aber es war doch mehr als das. In den Deutschen Christen begegnet uns ein anderer Geist. Diesem Geiste uns entgegenzusetzen, ist unsere eigentliche Aufgabe."

* * *

Schlesien:

„Der Provinzialbruderrat der Bekennenden Kirche Schlesiens kann die Verantwortung für die Leitung der Bekennenden Kirche Schlesiens auch nach Bildung des Provinzialkirchenausschusses nicht aufgeben. Wir rufen die Pfarrer, Ältesten, Bruderräte und Gemein-

den der Bekennenden Kirche auf, sich nach wie vor an die Weisungen des Provinzialbruderrates zu halten.

Für den Provinzialbruderrat ist Herr Bischof D. Jänker nach wie vor der legale bekenntnismäßige Träger der geistlichen Leitung der Kirchenprovinz Schlesiens. Der Provinzialbruderrat bittet den Herrn Bischof, sein Amt wie bisher im Einvernehmen mit der Bekennenden Kirche auszuüben.

Der Provinzialkirchenausschuß hat ebenso wie der Landeskirchenausschuß keine kirchliche, sondern staatliche Vollmacht. Wir erwarten von den Ausschüssen, daß sie in die geistliche Leitung des Herrn Bischof D. Jänker in der Kirchenprovinz Schlesiens nicht eingreifen."

Der Provinzialbruderrat
der Bekennenden Kirche Schlesiens
gez. 18 Unterschriften.

IV. Zur religiösen Lage!

Adolf Hitler

Schreibt in „Mein Kampf“ (S. 293):

„Sollen aber die religiöse Lehre und der Glaube die breiten Schichten wirklich erfassen, dann ist die unbedingte Autorität des Inhalts dieses Glaubens das Fundament jeder Wirksamkeit. Was dann für das allgemeine Leben der jeweilige Lebensstil ist, ohne den sicherlich auch Hunderttausende von hochstehenden Menschen vernünftig und klug leben würden, Millionen andere aber eben nicht, das sind für den Staat die Staatsgrundsätze und für die jeweilige Religion die Dogmen. Durch sie erst wird die schwankende und unendlich auslegbare, rein geistliche Idee bestimmt abgesteckt und in eine Form gebracht, ohne die sie niemals Glaube werden könnte. Im anderen Falle würde die Idee über eine metaphysische Anschauung, ja, kurz gesagt, philosophische Meinung, nie hinauswachsen. Der Angriff gegen die Dogmen an sich gleicht deshalb auch sehr stark dem Kampfe gegen die allgemeinen gesetzlichen Grundlagen des Staates, und so, wie dieser sein Ende in einer vollständigen staatlichen Anarchie finden würde, so der andere in einem wertlosen religiösen Nihilismus.“

Diesen wahren Worten über die Bedeutung der Lehre für den Glauben braucht nichts hinzugefügt zu werden. Nur wünschen möchten wir, daß die hier vom Führer ausgesprochene Wahrheit immer die gebührende Beachtung fände.

* * *

Reichsminister Kerrl

Die „Frankfurter Zeitung“ vom 20. 11. 1935 meldet:

„Braunschweig, 19. November. Bei einer Tagung des Führerkorps der SA-Gruppe Niedersachsen in Braunschweig schilderte Reichsminister Kerrl den Kampf Adolf Hitlers bis zur Machtergreifung und fuhr dann fort: „Adolf Hitler gab uns den Glauben wieder, nicht die Schriftgelehrten, die behaupten, wir hätten kein Empfinden. Hitler zeigte uns den wahren Sinn der Religion. Er soll gekommen sein, um uns den Glauben unserer Väter zu rauben! Nein, er ist gekommen, um uns den Glauben unserer Väter zu erneuern und uns zu neuen Menschen zu machen. Redet nur, ihr Schriftgelehrten, ihr solltet die Möglichkeit ergreifen, nun von innen heraus neu geboren zu werden. Ihr solltet erkennen, daß eure Pflicht die gleiche ist wie

die des SA-Mannes. Sie mögen sich nicht irren: nicht wir haben sie vor eine Schicksalsfrage gestellt, sondern das Schicksal selbst hat angepöcht an ihre Tür und ihnen gesagt: Sehet, die Stunde ist da, ihr müßt neu werden.“

* * *

Frau Scholtz-Klinck

Die „Niedersächsische Tageszeitung“ vom 4. 11. berichtet über eine Gautagung der NS-Frauenschaft in Braunschweig am 3. 11. 1935 u. a.:

„Die Reichsfrauenschaftsleiterin sprach dann auch über das religiöse Problem, das gerade die Frauen heute bewegt und berührt. In ausgezeichneter Weise verstand es die Rednerin, die heilen und leidigen religiösen Fragen darzulegen. „Sucht Euren Herrgott dort“, so sprach Gertrud Scholtz-Klinck unter dem begeistertsten Beifall der niedersächsischen Frauen, wo er euch lebendig ist, wo ihr ihn fühlt, nicht in nutzlosem, törichtem Streit von Dogmatik besessener Theologen, nicht in alten verstaubten Bibeln, sondern dort, wo ihr selber seid, in euch, in eurer Familie, in euren Kindern!“

* * *

„Anrufe“

Folgende „Anrufe“ wurden in KBlN (Ortsgruppe Rheinau) von Kindern für die Speisungen in der NSB. gelernt:

(Vor dem Essen)

„Führer, mein Führer, von Gott mir gegeben,
Beschützer und erhalte noch lange mein Leben.
Hast Deutschland gerettet aus tiefster Not,
Dir danke ich heute mein täglich Brot.
Bleib lange noch bei mir, verlaß mich nicht,
Führer, mein Führer, mein Glaube, mein Licht.
Heil mein Führer!“

(Nach dem Essen)

„Dank sei Dir für diese Speise,
Beschützer der Jugend, Beschützer der Greise!
Hast Sorgen, ich weiß es, doch kümmerst's dich nicht,
Ich bin bei Dir bei Nacht und bei Licht.
Leg ruhig Dein Haupt in meinen Schoß,
Bist sicher, mein Führer, denn Du bist groß.
Heil mein Führer!“

* * *

Seltame Propaganda

In dem Aushängelasten der Hitler-Jugend Schar 17/216 am Haupteingang an den Universitätskliniken in Halle a. d. Saale stand folgendes geschrieben:

„Wo sind die Feinde unserer SS?“

Der Glaubensfanatiker, der noch heute mit sehnsüchtig nach oben gerichteten Blicken auf den Anien rutscht, seine Zeit mit Kirchenbesuchen und Gebeten verbringt, und immer noch nicht begriffen hat, daß er auf der Erde lebt, und daß demnach auch seine Aufgaben und deren Lösungen durchaus irdischer Natur sind. — Wir können nicht mehr im Mittelalter leben und auf Wunder und Offenbarungen warten. Das können wir uns nicht leisten; denn uns wird nichts geschenkt! — Wir als Hitlerjungen können nur voller Verachtung oder Spott auf die jungen Leute sehen, die heute noch immer in ihre lächerlichen evangelischen und katholischen Klubs laufen, um sich höchst überflüssigen religiösen Gefühlsduseleien hinzugeben.

Denn Deutschlands Jugend ist die SS.

Zu der Jugend welches Landes gehören denn diese??? Dann möchten wir an diese Deutschen noch eine Frage stellen: Was glaubt ihr wohl, wer den Gedanken des Christentums mehr gerecht wird; ihr, die ihr doch stets um das Heil eurer eigenen mehr oder minder schwarzen Seele demütig fleht, und bittet und sonst immer nur wartet und wieder wartet, daß euch doch bald die Gnade des Himmels treffen möge, und dann mit euren Gebeten wieder von vorne anfängt, oder wir, die wir unsere Aufgabe hart anfassen, tatkräftig daran gehen, ehrliche Kameradschaft pflegen und stündlich bestrebt sind, unsere Kameraden zu tüchtigen Menschen zu erziehen und somit Dienst an unserem Volke leisten. Wir glauben, daß sich hier einmal eine Ueberlegung lohnt. Wir leben in einer harten Zeit, und hart sind unsere Aufgaben, die nur, aber auch nur im Diesseits liegen. Unsere Auffassung legte erst kürzlich der Reichsjugendführer in einer Rede nieder: „Wer Adolf Hitler dient, dient Deutschland, wer Deutschland dient, dient Gott.“

* * *

Ein modernes Bekenntnis

Anschlag am schwarzen Brett der Hochschule für Lehrerbildung im Sommer-Semester 1935, geschrieben von der Studentenschaftsführung in A.:

„Wir wollen nicht in Demut knieen,
wir lieben unsere Feinde nicht.
Wir wollen stolz des Weges ziehen,
durch Finsternis zum neuen Licht.
Wir künden Kampf der fremden Lehr,
die aus dem Osten zu uns kam,
die schändete der Ahnen Ehr'
und uns das hehreste Erbe nahm.
Wer Freiheit will, muß ehrlich hassen
Jedweden, dem die Knechtschaft recht,
drum müssen wir die Lehre lassen,
die Haß verpönt als schlimm und schlecht.
Wir folgen unsers Blutes Mahnen.
Wir kämpfen stolz durch Not und Schmach
und knüpfen neu mit fernen Ahnen
die Kette, die einst jäh zerbrach.
Wir wollen nicht in Demut knieen!“

* * *

Ein modernes Eingeständnis

Im „Reichswort“ v. 30. 11. 1935 in einem Artikel: „Jesus und die Jugend in der deutschen Glaubensbewegung“ sagt ein „Jugendleiter“ u. a.:

„Und die Jugend? Nun, sie muß ihren Weg gehen. Dieser Weg ist tatsächlich ein anderer als der der Generation vor uns! Das Grunderlebnis dieser Jugend ist, allgemein gesehen, nicht mehr in den christlichen Rahmen gezwungen. Die Gläubigkeit dieser Jugend wird nicht mehr Bewußt-

sein im christlichen Bereich. Diese Jugend kann in ihrer Sprache als dem Ausdrucksversuch ihrer Gläubigkeit sagen: Unser Glaube ist Deutschland! Eine im christlichen Bereich undenkbare Formel! Von einem Glauben her, der sich so ausdrückt, nimmt die Mehrzahl von uns Stellung zum Christentum. Von da her lehnt diese Jugend das Christentum, so wie es ihr vorgetragen wird, d. h. in der kirchlich-christlich-„paulinischen“ Form, ab. So kommt sie zur Deutschen Glaubensbewegung. — Einer Auseinandersetzung mit der Persönlichkeit Jesu bedarf es dabei für uns innerlich nicht, und es ist nicht Oberflächlichkeit, wenn wir es weit hin als für nur noch von philologischen Wert ablehnen, uns mit Jesus „aufzuhalten“. Diese Jugend hat andere Sorgen, andere Fragen, die sie drängen, sie hat, wenn es not tut, Nichtmänner, die sie nicht erst aus einem Wust von Fremdem herausarbeiten muß. Diese Jugend hat jede innere Verbindung mit dem Christentum und allem, was dieses Christentum in seinen Bann geschlagen hat, auch mit Jesus, verloren. Von da her muß sie in ihren Äußerungen verstanden werden. Mit urteilslosem Fanatismus hat dieses alles nichts, aber auch gar nichts zu tun. Es gibt hier auch nichts zu bedauern. —“

* * *

Studentenbriefe

Eine Teilnehmerin an der Schulungsarbeit des NSDStB. ist von der Schulungsleitung aufgefordert worden, einen kritischen Bericht über die Schulung abzugeben. Die Betreffende machte aus ihrer christlichen Ueberzeugung keinen Hehl. Sie setzte an der Schulung aus, daß alle positive Arbeit hinter dem Kampf gegen das Christentum zurücktrete. „Am 29. 10.“, so berichtet die Betreffende, „stand mein Name auf der Liste der aus dem NSDStB. ausgeschlossenen in einem Anschlag am schwarzen Brett. Der Schulungsleiter antwortete mir auf meine Frage nach dem Grund des Ausschlusses: ‚Nicht völlig konsequente nationalsozialistische Haltung. Für uns als politischer Stoßtrupp der Bewegung muß der Nationalsozialismus das Höchste sein. Für Euch gibt es noch eine höhere Bindung, die an Gott.‘ Meine Antwort: ‚Also werde ich ausgeschlossen, weil ich mich vom Christentum nicht lösen will?‘ — — ‚Ja, so wie du das Christentum verweist, daß es letzte und höchste Bindung ist.‘ Daraufhin fragte ich, ob das nur die Meinung des Studentenbundes an unserer Hochschule sei, daß ein Christ in diesen politischen Stoßtrupp nicht gehöre oder ob das von der Reichsleitung so befohlen sei. Der Schulungsleiter meinte, daß unsere Hochschule darin ein wenig voran ginge. Es sei aber durchaus im Sinne der Reichsführung.“

* * *

Aus Schulungslagern.

1. „Die ersten Tage der Arbeit vergingen reibungslos, doch nach und nach brach eine antichristliche Haltung durch. Es wurden Lieder gesungen wie: ‚Die Zeit des Kreuzes ist nun vorbei / Das Sonnenrad will sich erheben / . . . Und ob sie (die „Pfaffen“) es römisch, lutherisch trieben / Sie lehrten den jüdischen Glauben.‘ Da die 3 Theologen, ein Philologe und ich nicht mitfangen, wurden wir anschließend zu einer Stellungnahme herausgefordert. Ein Theologe stellte den Programmpunkt 24 (positives Christentum) zur Diskussion. Der stellvertretende Lagerleiter erklärte, daß der Begriff „positives Christentum“ nichts mit dem Begriff „Christentum“ zu tun hätte. Ich sagte darauf, es sei mir unerklärlich, warum dann noch führende Persönlichkeiten der Bewegung Angehörige der christlichen Kirche seien. Er erklärte

mir, daß dies nur aus taktischen Gründen geschehe. Ein Volk brauche zu seiner Erhaltung eine Religion. Die bisherige sei die Lehre Jesu gewesen. Doch diese sei dem deutschen Volke art- und wesensfremd. Der nordische Mensch könne nicht gesenkten Hauptes und voll Demut bittend vor seinem Gott treten, sondern stehe stolz vor seinem Gott als Fordernder. Im Mittelpunkt alles Denkens stehe das Volk. „Ich bin nichts, mein Volk ist alles. Wir kämpfen für Gott, wenn wir für unser Volk kämpfen.“ Da dem Neuen die äußere Form noch fehle, könne man noch nicht an die Zerstörung des Alten gehen. Jedoch ein Kompromiß des Nationalsozialismus mit der christlichen Weltanschauung könne es und werde es nie geben. Zwei Theologen zogen ihre Konsequenzen und nahmen von uns Abschied. Der dritte Theologe erklärte, daß er sein Studium aufgeben werde. Meine innere Haltung war klar und unerschütterlich. Ich blieb jedoch im Lager, um mich mit dem Ideengut des Nationalsozialismus vertraut zu machen. Ich vertrat nach wie vor meine christliche Haltung und nahm Stellung zu unwahren Behauptungen. . . .

Ich bemerke noch, daß die Kameradschaft sehr gut war und mir das Lager viel gegeben hat. Mit einem festen Händedruck schieden wir voneinander mit dem Gelöbniß, dem Führer und dem deutschen Volke treu zu bleiben.“ —

* * *

2. . . . Ich führte mit vielen Kameraden, die größtenteils dem Christentum gleichgültig oder ablehnend gegenüberstanden, allerlei Gespräche. . . . Die Diskussion ist meist sachlich geblieben, wenn auch die Achtung vor religiösen Dingen nicht allzu groß war.

Eine Aussprache, die ich mit dem Lagerführer hatte, schloß damit, daß ich ihm klar machte, entweder man erkenne Christus als Gottes Sohn an, dann verkündet er Gottes Gebot, und man habe es anzunehmen und damit die ganze Bibel. Erkennt man das nicht an, so müssen wir es ablehnen, daß die Bibel als ein Moralbuch hingestellt werde, aus dem man herauszöge, was einem angenehm sei, und in dem man als verfälscht erkläre, was einem nicht passe. Hierbei griff ich Rosenbergs Mythos an, ebenso seine Idee des Zusammenworfens von katholisch, evangelisch und nordisch. Man würde damit nur eine neue Konfession erreichen. Der Lagerführer entließ mich mit dem Geständnis, daß wir nicht zusammenkommen könnten, jedoch achtete er meine Ueberzeugung.

So hatte ich mir schon allerhand Anschauungen gebildet, als ein Vortrag eines Berliner Hauptführers im Studentenbunde die Arbeitsgemeinschaften über das Thema „Die nationalsozialistische Weltanschauung“ einleitete: Weltanschauung ist das ordnende Prinzip, was wir in die Welt hineinlegen. Dieses ordnende Prinzip sei für einen Nationalsozialisten das deutsche Volk arischen Blutes. . . . Der Nationalsozialismus behaupte, daß das deutsche Volk unsterblich sei, weil das Erbgut unsterblich sei. Wenn es nicht gelingt, diese Weltanschauung in die Jugend hineinanzupflanzen, dann wird die alte Weltanschauung wieder Platz greifen (und, wie ein Kamerad mir einmal versicherte, Deutschland untergehen). Für einen Nationalsozialisten gibt es nur einen sittlichen Mittelpunkt, den Führer. Es gibt nur eine Frage: Kann ich heute und morgen vor meinem Führer bestehen? Es gibt nicht die Frage: Kann ich heute und morgen vor dem Jenseits bestehen? Es gibt nur einen Glauben: daß der Führer das unbedingt Richtige für unser Volk tue.

Ich fragte den Redner in der Aussprache, ob man als Nationalsozialist nicht Christus als sittlichen Mittelpunkt anerkennen könne und ob man kein Nationalsozialist sei, wenn man sich erst vor dem Jenseits zu verantworten gedenke. Das verneinte er. Wir kamen in der weiteren Aussprache vor dem Lager auf Vorstellungen von dem Jenseits zu sprechen. Das gebe es für einen Deutschen nicht: ein Dasein von Frieden nach dem Tode. Deutsch sein heißt ewiger Kämpfer sein. Den Führer umgebe nun einmal ein gewisser Nimbus und Mythos, dem man sich nicht entziehen könne. Er sage damit nicht, daß er ein Gott sei; aber er sei eben der einzige Mittelpunkt für einen Nationalsozialisten. Er sagte mir ganz klar: Christentum und Nationalsozialismus trennen Welten: es stehe hier Wert gegen Wert. . . .

Darauf war ich mir klar, daß ich die Konsequenzen ziehen müsse. Ich hatte alle meine Ausführungen vor dem Lager gemacht, das sich zu dem Vortrag des Redners positiv stellte. So gab ich auch meinen letzten Entschluß vor der ganzen Besatzung des Lagers bekannt. Der Redner bejahte meinen Entschluß. Der Lagerführer ließ mich gehen mit der Bemerkung: „Das imponiert mir“.

Mit dem Vortragenden kam ich noch einige Zeit ins Gespräch. Dieses konnte meinen Schritt nur bestärken. . . . Ich sagte ihm, ich hielt es für unmöglich, mich als Theologe in der nationalsozialistischen Weltanschauung schulen zu lassen, wenn uns Welten davon trennten. Er gab mir zur Antwort: „Wenn Dir das Christentum wichtiger ist, allerdings“. Auch die größte Zahl der Kameraden hatte die gleiche Ansicht.

Daß meine Haltung Achtung abgemommen hatte, beweist, daß der Lagerführer und der Vortragende auf den Bahnhof kamen und sich persönlich von mir verabschiedeten, obwohl ich mich von jedem einzelnen Kameraden bereits verabschiedet hatte.“ —

Dieser Bericht zeigt, wie wichtig es ist, daß christlich gesinnte nationalsozialistische Studenten sich zu den Schulungslagern des NSDStB. melden und dort inmitten einer christentumsfeindlichen Umwelt tapfer Zeugnis für Christus ablegen. Mag das zunächst auch ohne sichtbaren Erfolg bleiben, so ist es allein schon ein Gewinn, wenn in einem solchen Kreise jemand mannhaft aufsteht, ein deutliches Nein spricht und bekundet, daß das Christentum auch heute noch eine lebendige Kraft ist und in Ewigkeit bleiben wird. Die Achtung, die solchem mutigen Einstehen für innerste Ueberzeugungen nach allen Berichten gezollt wird, ist schließlich auch ein nicht zu unterschätzender Erfolg und hinterläßt vielleicht in mancher ringenden Seele einen heilsamen Stachel.

Ueberdies ist aus dem folgenden Bericht zu ersehen, daß es doch auch Lager gibt, in denen nicht ein so ausgesprochen antichristlicher Wind weht, wie in den, aus denen die bisherigen Berichte stammen:

* * *

3. „Unsere Arbeitsgemeinschaften, Vorträge und Besprechungen gingen weit über das Thema des Kurses „Die Partei als Willensträgerin des Volkes“ hinaus. Dennoch wurde nicht unnütz geredet, sondern Positives geleistet. . . .

Ganz besonders haben wir uns mit der Frage des Judentums, der Freimaurerei, mit dem völkischen Gedanken, der neuen Rechtsreform, dem neuen Wirtschaftssystem und mit dem Sterilisationsgesetz befaßt. So fuhrten wir an einem Nachmittag geschlossen zu einer großen Anstalt, um uns dort das furchtbare Bild der geistig und körperlich völlig verkümmerten Gestalten anzusehen.

Die Frage „Kirche, Christentum und Partei“ ist von uns, die wir eine unbedingte Kameradschaft bildeten,

völlig eindeutig gelöst worden: Die Auslegung des Begriffes „Positives Christentum“ ist bekanntlich bei Hitler und Rosenberg verschieden. Maßgebend ist für uns als Nationalsozialisten die Auslegung Hitlers: Die Partei fordert eine gute nationalsozialistische Weltanschauung und auch das entsprechende Verhalten im täglichen Leben den anderen Volksgenossen gegenüber. Eine Religion (z. B. das Christentum) läßt

sie daneben durchaus zu. Die persönliche Freiheit in diesem Punkte bleibt völlig unangetastet. Die Bewegung bekämpft lediglich eine politisierende, die Ziele des Nationalsozialismus störende oder bekämpfende Organisation, wie es die Kirche getan hat oder noch zum Teil tut, sei es die katholische oder die evangelische Kirche. Kurz, wir stellen fest: daß ein guter Nationalsozialist zugleich ein guter Christ sein kann! . . .“

V. Deutschgläubige Vorhaben.

Stimmen zur Schulfrage

Ministerpräsident Mergenthaler sagte nach dem „Durchbruch“ in seiner Rede in Plochingen am 20. 11. 1935:

„Wir treten ein für eine deutsche Gemeinschaftsschule, in welcher den Konfessionen der religiöse Unterricht ermöglicht wird, wie es bei den höheren Schulen und im größten Teil des Reiches auch bei den Volksschulen längst üblich ist.“

* * *

„Wie aus einem Bericht der „Fränkischen Tageszeitung“ hervorgeht, fand unter den Nürnberger Volksschullehrern eine freiwillige Abstimmung über die Frage Bekenntnis- oder Gemeinschaftsschule statt. Von 888 Lehrern haben 859 für die Gemeinschaftsschule gestimmt.“ (Frankfurter Zeitung vom 13. 12. 1935).

* * *

Dem „Durchbruch“ (28. 11. 1935) erscheint diese „deutsche Gemeinschaftsschule“ noch konfessionell-christlich. Er will eine andere „deutsche Gemeinschaftsschule“:

„Voll aber werden die Gefährdungen durch den Konfessionalismus — so ist es jedenfalls unsere Überzeugung — erst dann überwunden sein — und das ist für uns Deutschgläubige ein Ziel des Ringens —, wenn der Konfessionalismus ganz aus der Schule verbannt sein wird, wenn jene Schule im deutschen Volksleben Gestalt annimmt, die aus diesen in Heft 8 unserer Monatschrift „Deutscher Glaube“ veröffentlichten Forderungen spricht:

Wir fordern die Gemeinschaftsschule:

1. nicht, wie immer wieder fälschlich von unseren Gegnern behauptet wird, aus Unglauben und um unsere Kinder ungläubig erziehen zu lassen, sondern aus Glauben, nämlich aus unserem Glauben an Deutschland, in dessen Raum und Geschichte sich uns Gott kundtut, der will, daß wir und unsere Kinder seinen ewigen Gesetzen gehorsam seien;

2. weil uns die Volksgemeinschaft ein heiliges Gut ist, das nicht schon beim Kinde in der Schule durch die Trennung in Konfessionen gefährdet werden soll. Unsere Kinder sollen zunächst einmal zusammen erleben, daß sie Deutsche sind, ehe sie sich daran gewöhnen müssen, daß sie Katholiken, Protestanten, Deutschgläubige sind;

3. weil der Volksschüler dasselbe Recht wie der Schüler der höheren Lehranstalten haben soll, seinen religiösen Unterricht gemäß seiner eigenen oder seiner Erzieher Überzeugung als Wahlfach außerhalb des sonstigen Unterrichts zu erhalten;

4. weil unsere deutschen Kinder in deutschen Staatsschulen von deutschen Lehrern Deutsche Geschichte und Deutsche Heimatkunde lernen sollen. — Die jüdische Geschichte und die jüdische Heimatkunde von Palästina mag jeder sein Kind daneben von

dazu sich berufen fühlenden Lehrern lernen lassen, wenn ihm das als Deutschem noch nötig erscheint;

5. weil wir den Gewissenszwang von solchen Volksschullehrern nehmen wollen, die katholischen oder protestantischen Konfessionsunterricht erteilen müssen, um nicht ihr Amt und damit ihre Aufgabe als deutsche Erzieher zu verlieren. Der deutschgläubige Lehrer, der unbedingt zum Dritten Reich und zu seinem Führer steht, hat mindestens ebenso viel Recht, in deutschen Schulen deutsche Kinder zu unterrichten, wie ein Christ, der seine wichtigsten Anweisungen aus artfremder Glaubenshaltung empfängt.

Darum fordern wir:

1. die Entfernung jeglichen Konfessionsunterrichts aus sämtlichen deutschen Schulen und die Unterweisung im christlichen Glauben ausschließlich in den Räumen der Kirche;

2. den Unterricht im deutschen Wesen, wie es sich von der Vor- und Frühzeit bis heute gegen alle Widerstände und Ueberfremdungen durchgesetzt und im Laufe unserer Geschichte eindrucksvoll und beispielhaft bezeugt hat.“

* * *

Das offizielle Blatt der Reichsbewegung DC. „Positives Christentum“ vom 1. 12. 1935 schreibt:

„Es dürfte inzwischen allgemein bekannt sein, daß wir als Deutsche Christen ganz eindeutig für die deutsche Einheitschule, die deutsche Schule eintreten. Allerdings ist es für uns selbstverständlich, daß diese deutsche Schule, der allgemeinen tatsächlichen Lage in unserem Volke entsprechend, eine christliche Schule sein muß. Wer die alten Simultanschulen kennt, weiß, daß dies sehr wohl praktisch möglich ist.“

Vor allem muß eindeutig klar sein, daß diese deutsche Schule nicht etwa eine deutschgläubige Schule sein darf. Gerade von diesem Gesichtspunkt aus gesehen, ist die Betriebsamkeit der deutschgläubigen Propaganda in dieser Richtung besonders peinlich. Denn sie diskreditiert die deutsche Schule, die wir alle ersehnen, als antichristliche Schule.“ —

Die Enthüllung des Standpunktes der DC. in der Schulfrage ist erfolgt, nachdem der Lutherische Weltkongress im Oktober 1935 zu Paris sich eindeutig für die „konfessionelle Volksschule“ eingesetzt hat. Der Artikel selbst bringt die Pariser Entschließung mit folgendem Wortlaut:

„Eine grundlegende Aufgabe der Kirche ist die christliche Erziehung der Jugend, verantwortet in dem Befehl Christi Matth. 28 und Joh. 21 und mit Notwendigkeit aus der Übung der Kindertaufe folgend. So gewiß nun auch der Staat das Recht und die Pflicht hat, seine Jugend zu tüchtigen Gliedern des Volkes zu erziehen, die in seinen Organismus als lebendige Glieder hineinwachsen und hineinpassen, so muß doch das Recht der christlichen Erziehung

ungeschmälert der Kirche bleiben, sei es so, daß sie berechtigt ist, ihre eigenen Schulen zu errichten, sei es so, daß sie an der Ausgestaltung des in den Schulen gegebenen Religionsunterrichtes nach Inhalt und Form mitwirkt. Die Erziehung kann, dem Wesen einer Bekenntniskirche entsprechend, keinen anderen als bekenntnismäßigen Charakter tragen. Die Kirche muß darum darauf bestehen, daß ihr — wie auch immer der Staat sein Erziehungswesen ordnen mag — Raum und Zeit bleibt, die Jugend in den Grundlagen ihres Glaubens und Lebens nach Schrift und Bekenntnis zu festigen, womit sie dem Staat selber den besten Dienst erweist. Wo die konfessionelle Volksschule als allgemeine Einrichtung besteht, würde sich der Staat durch ihre Aufhebung nur selber großen Schaden zufügen.“

* * *

Die neue Geschichtsbetrachtung

„Ein kulturpolitischer Abend des Gaues Groß-Berlin des N. S. = Lehrerbundes gab den Rahmen für einen Vortrag von Universitätsprofessor Dr. Bäumler, der in Berlin politische Pädagogik liest, über die Rolle des Mittelalters für das deutsche Schicksal. Germanisches Wesen sei mit dem im mitteländischen Raum geborenen Christentum und mit römischer Kultur auf deutschem Boden aufeinandergetroffen. Das habe eine fortdauernde Spannung erzeugt, die sich im staatlichen, politischen und gesellschaftlichen Leben widerspiegeln, und die noch den einzelnen Menschen in ihren Bann gezogen habe. Auch heute noch seien die geistigen Traditionen aus jenen Zeiten wirksam. Dazu gehörten die Konfessionen, die Idee des alten Reiches, der Partikularismus der Stände und kleinen Staaten, der Humanismus und anderes. Diese Traditionen seien jedoch echte geschichtliche Mächte, und man müsse sich mit ihnen auseinandersetzen. In der Geschichte sei auch noch anderes wichtig als nur die geprägte Form, nämlich die Kraft der Natur, die als Klasse zu bezeichnen sei. Nicht die Reformation oder die Entdeckung Amerikas, sondern erst der Nationalsozialismus habe jene Kräfte des Mittelalters überwunden, die bis in das 20. Jahrhundert hineinragten. Sein Verständnis für die Tradition und seine Unbedingtheit in der Zielstellung der von ihm gewollten neuen Weltgestaltung seien die Brücke, die in ein neues Europa führe.“ —

So steht zu lesen in der „Frankfurter Zeitung“ vom 13. 12. 1935. Herr Bäumler hat uns bereits früher beschäftigt, als er in Hamburg auf der vorgehenden Tagung obige Geschichtskonstruktion vortrug. Er nennt das Christentum mit seinen Konfessionen eine mittelalterliche Tradition, d. h. einen ausgebrannten Krater. Dies kann Professor Dr. Bäumler nicht wissen. Das weiß allein der Heilige Geist, der auch heute Christen erweckt, die Gemeinde und Kirche sammelt und erleuchtet. Der Professor sagt ferner, daß der Nationalsozialismus jene Kräfte des Mittelalters überwunden habe. Zu diesen überwundenen Mächten zählt er die Konfessionen und damit das Christentum. Denn ein Christentum ohne Konfession, d. h. ohne ein dogmatisches Glaubensbekenntnis gibt es nicht. Es gibt kein echtes Lateinischchristentum ohne ein dogmatisches Christentum. Es gibt keine echte christliche Sitte oder Tradition ohne lebendigen Christenglauben. Ob der Nationalsozialismus, wie ihn Bäumler versteht, die Konfessionen und damit das Christentum überwunden hat, kann der Professor nicht wissen. Er mag das vielleicht für die Zukunft annehmen oder auch wünschen, das sei ihm unbenommen. Wir bestreiten aber, daß ein Professor dieses Ereignis — denn es wäre in der Tat ein weltgeschichtliches Ereignis — wissen kann, d. h.

wissenschaftlich beweisen kann. Der Professor wird auch nicht für sich geltend machen können, daß er mit seinem Verständnis des Nationalsozialismus unserem Führer, unserem Volk und Staat einen positiven Dienst tut. Im Gegenteil! Nach dem Parteiprogramm steht der Nationalsozialismus auf dem Boden eines positiven Christentums. Wie kann man auf einem Boden stehen, den man überwunden hat? Professor Dr. Bäumler irrt sich bestimmt. Ja mehr noch, seine Behauptungen sind falsch. Er schreibt dem Nationalsozialismus geradezu eine religiöse Sendung zu, wenn er ihn die Konfessionen überwinden läßt. Diese religiöse Sendung hat der Führer aber bisher immer abgelehnt. Ebensovienig wie wir wünschen oder gar fordern wollen, daß die Kirche sich in einen Staat verwandelt, ebenso wenig können wir wünschen oder gar fördern, daß der Staat sich zur Kirche fortbildet. Wir können also nicht finden, daß die neue Geschichtsbetrachtung die Wahrheit für sich hat, aber auch nicht, daß ihre Zweckmäßigkeit einleuchtet. Wir möchten bei dem vielleicht „mittelalterlichen“ Satz stehen bleiben: Die Wahrheit wird euch frei machen!

* * *

Positiv und negativ

Die „Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums“ gibt einen monatlichen „Gutachtenanzeiger“ heraus, der die erschienenen Bücher nach den beiden Klassen: Positiv oder Negativ? einordnet. Für den November 1935 findet sich nun folgendes:

Positiv

1. Empfohlene Bücher:

Jirku, Prof. Dr. A.: „Das Alte Testament und die deutsche Gegenwart“, Bonn 1935.

Dieses Heft stammt aus der rheinischen deutschchristlichen Schriftenreihe und von dem neuen deutschchristlichen Alttestamentler in Bonn.

Negativ

1. Nicht zu empfehlende Bücher:

Barth, Karl: „Credo, die Hauptprobleme der Dogmatik“, München 1935.

Binde, Fritz: „Die Gemeinde“, Konstanz 1935.

Brunstäd, Friedrich: „Allgemeine Offenbarung. „Zum Streit um die natürliche Theologie“, Halle 1935.

Dibelius, Dr. D.: „Die Germanisierung des Christentums“, Eine Tragödie, Berlin 1934.

Gedat, Gustav Adolf: „Ein Christ erlebt die Probleme der Welt“, Stuttgart 1934.

Hartenstein, Karl: „Völkerentartung unter dem Kreuz?“, Ev. Missionsverlag Stuttgart und Bethel 1935.

Heim, Karl: „Jesus der Herr“, Furche-Verlag 1935, Berlin.

Künne, H. W.: „Antwort auf den Mythos“, Wichern-Verlag, Berlin 1935.

Neumann, Johannes: „Der Weg aus der Angst“, Furche-Verlag 1935.

Niemöller, Martin: „Daß wir an ihm bleiben!“, 16 Dahlemer Predigten, Martin Warnke-Verlag, Berlin 1935.

Schid, Erich: „Geistliche Lebensregeln“, Furche-Verlag 1935.

Schlatter, Wilhelm: „Die Liebe Gottes“, Furche-Verlag 1935.

Schütz, Paul: „Der Anti-Christus“, Furche-Verlag 1935.

Witte, Johannes: „Völkisches Neuhelidentum“, Verlag des Evangl. Bundes, Berlin 1934.

Diese Auswahl und diese Wertung muß starkes Be-

fremden erregen. Warum sind diese Bücher negativ? Warum sind sie nicht zu empfehlen? Gehört zur Förderung eines deutschen Schrifttums nicht mehr die Förderung der Bücher und Verlage, die eine eindeutig christliche Haltung einnehmen? Wenn man sie nicht fördern will, so könnte man immerhin von ihnen schweigen. Warum vermeidet man nicht den Anschein eines neuen antichristlichen Index? Vom deutschen Standpunkt aus können die obigen Schriften von Barth,

Brunsbäd, Dibelius, Hartenstein, Heim, Känneth, Niemöller, Schlatter, Witte nicht als negativ beurteilt werden. Es sei denn, daß man den in ihnen vertretenen christlichen Standpunkt als „negatives Christentum“ im Sinne Alfred Rosenbergs beurteilt. Dann macht man aber einen völkisch-religiösen Standpunkt zum Maßstab der deutschen Buchkritik, wozu man den christlichen Volksteil nicht befehlen wird, wenn er es erst erkannt hat.

VI. Von den Deutschen Christen.

Endlich am Ziel.

Im „Durchbruch“ vom 21. November 1935 steht zu lesen:

„Die „Deutsche Glaubensfront“ hat sich der „Deutschen Glaubensbewegung“ angeschlossen. Ihrem Führer, Dr. Krause, ist es nicht zuletzt zu danken, daß durch seine Sportpalast-Rede vom 13. 11. 1935 zur Klärung im christlichen Lager sehr beigetragen wurde.“ Dr. Krause, der ehemalige Gauleiter der DC. für Großberlin, Streikgenosse Hoffensfelder, hat also am 2. Jahrestage der Sportpalast-Rundgebung seine von den DC. abgesplitterte „Deutsche Glaubensfront“ der Deutschen Glaubensbewegung zugeführt. Damit hat eine notwendige Entwicklung ihre sachgemäße Vollendung gefunden. Dr. Krause erläutert seinen Weggang vom Deutschen Christen zum antichristlichen Deutschgläubigen in einem Manifest, das als Ziel die Losung ausgibt: Ein Volk — Ein Reich — Ein Glaube! und als Glaube bekennt: das Ewige Deutschland!

* * *

Wie die DC. (Richtung Hoffensfelder) die kirchliche Lage beurteilen.

Der von dem Herrn Reichsminister Kerrl eingesetzte Landeskirchenausschuß in Preußen hat von Anfang seines Bestehens an seine Macht dazu ausgenutzt, völlig einseitig zu Gunsten der Anhänger der Bekennenden Kirche und der in ihren Reihen verborgenen Feinde des Dritten Reiches zu wirken und alte Parteigenossen und Deutsche Christen von ihren Ämtern zu bringen. Dies alles trotz der klaren Auskunft im Ministerium Kerrl, daß personelle Veränderungen nicht beabsichtigt wären. Eine der ersten Verfügungen des LKA. war die, daß man dem Pg. Freitag das Referat Personalien in Preußen, das er seit Sommer 1933 verwaltet hat, abnahm und es dem Oberkonsistorialrat Ohmnen aus Münster übertrug. . . .

Am gleichen Tage wurde dem Pg. Scheller vom LKA. das Referat über Predigerseminare in Preußen entzogen und es dem Mitglied des LKA., dem Führer der Bekennenden Kirche Ostpreußens, Kühner übertragen. Desgleichen wurde dem Pg. Hermenau, das Referat „Frauenwerk der Deutschen Evangelischen Kirche“, das er im kirchlichen Auftrag gegen die völlig reaktionäre und von Bekennnisleuten beherrschte Ev. Frauenhilfe in monatelanger Arbeit geschaffen hatte, ein Werk, in dem schon jetzt weit über 100 000 Frauen, die treu zum Evangelium und zum Dritten Reich stehen, erfasst sind, abgenommen. Gleichzeitig wurden die Pgg. Präsident Balzer, Graf von Korff, Sup. Dehmel und Oberkirchenrat Themel, alle in der Reichskirchenregierung tätig, ihrer Ämter enthoben. Dem Mitglied des Oberkirchenrates, Pg. D.M. Dr. Thom, ist die Übertragung irgend eines Referates verweigert worden, zugleich wurde ihm die Verwaltung des Superintendentenbezirktes Potsdam II, die er seit 1½ Jahren

inne hat, entzogen, und, da man nicht wagte, sie dem Volljuden D. Dr. Schmeizer, beurlaubter Superintendent und amtierender Pfarrer in Wustermark, zu übertragen, seinem Freunde und Gesinnungsgenossen, dem Bekenntnispfarrer Barow in Pareß übergeben, der bis zum Umsturz der SPD nahegestanden haben soll. Diese Verfügungen sind zum Teil auf das Betreiben des in den LKA. berufenen Sup. Zimmermann diktiert worden. Führer des LKA. ist der von dem Herrn Minister Kerrl berufene Gen. Sup. Eger, der noch 1933 in der Öffentlichkeit erklärte, daß ein „Tröpfchen Judenblut“ nichts schade, vielmehr besonders wertvolle Menschen schaffe.

Die größte Gefahr für alle Parteigenossen innerhalb der Evangelischen Kirche bietet jedoch ein Beamtengesetz, das in der Öffentlichkeit als leg. Hoffensfelder bezeichnet wird, von dem Kirchenausschuß in der vorigen Woche verabschiedet und dem Herrn Minister zur Erteilung des Placet vorgelegt werden soll, des Inhalts, daß kirchliche Beamte, die ihr Amt nicht drei Jahre innehaben, ohne weiteres in ein Amt von niederem Rang und Einkommen versetzt werden können. Da seit dem Tage des Umsturzes ausschließlich Parteigenossen, die sich mit der Tat für den Sturz der Nationalen Revolution eingesetzt haben, in höhere kirchliche Ämter gelangt sind, sollen durch dieses Gesetz ausschließlich alte und bewährte Parteigenossen getroffen werden. . . .

Es dürfte sich empfehlen, zu allen diesen Fragen den Mann zu hören, der als Parteigenosse von 1929 wie kein anderer die Machenschaften der hinter dem Bekenntnis getarnten Gegner des Dritten Reiches kennt: Bischof Hoffensfelder, Berlin-Lichterfelde, Freiwaldauer Weg 40, Tel. Lichterfelde 6170. . . .

Schließlich sei noch erwähnt, daß die Dirigenten-Gesellschaft im Ministerium für kirchliche Angelegenheiten, wie bekannt, der katholische Ministerialrat Herr von Detten führt, der zweifellos, wie die Erfahrung immer wieder gezeigt hat, als Katholik den evangelischen Angelegenheiten gegenüber nicht das nötige Verständnis entgegenbringt.

Potsdam, den 23. 11. 1935.

gez. Dr. Thom.

* * *

DC.-Gottesdienst.

Die deutsch-christliche Gemeinde zu Berlin-Tegel hielt einen Gottesdienst, der von der gewohnten Form der evangelischen Gottesdienste wesentlich abwich, wie die Reformierte Kirchenzeitung Nr. 46 berichtet. Nach einem Orgelspiel deklamierte der Liturg Geibels Frühlings- und Osterlied: „Wacht auf und rauscht durchs Tal, Ihr Brunnen“ (im Herbst!). Die Gemeinde beantwortete jede der Strophen mit einem Vers aus einem vom Pfarrer gedichteten Choral: „O deutsches Blut, o Boden, o heilig Vaterland.“ Auf den Friedensgruß und den Sprechchor der Konfirmanden folgten zwei Lesungen aus Gyllhoffs Roman „Jörnjakob Svehn“. Darauf folgte

ein Einzelgesang: „Du hast mich früh gehalten und hältst mich immerdar. In deines Kleides Falten barg ich mein Vochenhaar“. Die einzige Bibelleseung des ganzen Gottesdienstes war über Blut und Boden: Joh. 15, 1—5 „Ich bin der Weinstock.“ Dann folgte wiederum ein Sprechchor der Konfirmanden: „In uns lebt Gott. An unsern Händen seht ihr seine Taten. In uns lebt Gott! An unsern Augen seht ihr seine Strahlen. . . In uns lebt Gott! An unsern Schritten seht ihr seine Stärke.“ Den Abschluß bildete wiederum ein Glaubensbekenntnis des Pfarrers, indem es u. a. hieß: „Wir glauben nur an Gott, den Gott, der uns im Wolke band, der Wasser, Flut und grimme Not von unsern Fluren hat gewandt. Er gab uns Wald und Ackerfeld — mit einem Wort, die deutsche Welt. . .“ Der Ansprache lag kein Bibelwort zu Grunde, sondern der Ausspruch von Jung-Stilling: „Selig sind, die da Heimweh haben, denn sie sollen nach Hause kommen.“

* * *

Eine Entscheidung.

So nennt das „Positive Christentum“ vom 1. 12. 1935 eine Darstellung, die nach den Nürnberger Gesetzen nunmehr die Durchführung des Art. 12. paragrafen fordert. Es ist die Rede von christlichen Pfarrern jüdischer Rasse, denen das Predigtamt in einer deutschen Kirchengemeinde zu versagen sei. Es heißt dort, nachdem der Ausweg der Evangeliumsverkündigung unter Juden nicht für alle nicht-arischnen Pfarrer als gangbar erklärt worden ist, wie folgt: „Nein, es ist auch diesem Juden gegenüber unerhittlich, trotz aller dadurch entstehenden Seelennot mit großer Entschiedenheit das Wort in deutscher Gemeinde zu versagen! Es ist aus gläubigem Verantwortungsbewußtsein diese Entscheidung zu treffen. Der Weg einer Gemeinschaft dieser Welt führt immer über Leichen vorwärts — auch über seelische Leichen! Es ist Gesetz vom ewigen Gott!“ — Wir meinen der letzten Schlußfolgerung ganz entschieden widersprechen zu müssen. Eine kirchliche Gemeinschaft, die über seelische Leichen vorwärts strebt, ist vor Gott in diesem Tun niemals gerechtfertigt. Dies „göttliche“ Gesetz des Leichenweges war bis jetzt nicht bekannt.

* * *

Vorwärts zur judenfreien Volks- und Reichskirche.

Unter dieser geliebten und dürftigen Losung arbeiten die D.C. in Württemberg und berichten im „Positiven Christentum“ darüber. Es ist bezeichnend für den Charakter dieser Arbeit, wie darüber berichtet wird:

„Hier verkünden unsere Laien- und Pfarr-Medner wirklichkeitsnah positives Tatchristentum und führen immer neue Mitglieder zu Nationalsozialismus und Christentum.“

„Hier begeistern unsere besten Medner die Zuhörer immer wieder aufs neue für unsere gemeinsame Idee des Nationalsozialismus und des deutschen Christentums der Tat.“

„Ein unerschütterlicher Glaube an den Weg der D.C.-Idee befeelt Führung und Gefolgschaft der Bewegung.“

Alle möglichen Vereine dürfen solche Propaganda machen, aber einer kirchlichen Bewegung ist solche Methode verboten. Sie hat das Evangelium heute zu verkündigen. Aber: Positives Tatchristentum? Was ist denn das? Weiter: Neue Mitglieder zu Nationalsozialismus und Christentum führen? Welch eine Gedanklosigkeit steckt in diesem scheinbar so selbstverständlichen Satz! Das kommt davon, wenn man nicht vom

Evangelium her den Auftrag der Kirche ausrichtet. Diese schmissige Propaganda hat mit kirchlichem Handeln nichts zu tun. Wenn dann noch die Parole ausgegeben wird: „Es lebe das Christentum der Tat!“, so ist in der Tat der Gipfelpunkt des Möglichen erreicht.

Und der ganze Bericht wird uns nur erstattet, um die Notwendigkeit der Zulassung der D.C. in die ihnen verschlossenen Kirchen zu erhärten. Mit diesem Kampf und diesen Parolen sollten sie sachgemäßer in Versammlungsfällen bleiben, in der Kirche fällt dieser Spektakel wirkungslos zu Boden. Außerdem möchten viele „Mitglieder“ ihnen dahin nicht folgen.

In Norddeutschland, sonderlich in Schleswig-Holstein, haben die Bekenntnispfarrer mit ihren Gemeinden einen schweren innerkirchlichen Abwehrkampf zu führen gegen die Anhänger der sogenannten „Deutschkirche“, die völlig mit den dortigen D.C. zusammengehen. Die Gedankengänge der Deutschkirchler, die alles „Jüdische“ ausmerzen wollen, sind weit verbreitet, und diese Irrlehre einer völkischen Religionssekte macht sich in der Kirche breit, ja wird gefördert.

* * *

Deutschkirchlicher Religionsunterricht.

Die „Metersener Nachrichten“ vom 9. 11. 1935 bringen einen Bericht über einen Vortrag, den der deutschkirchliche Hauptlehrer Börm ebendort gehalten hat. Darin heißt es:

„Zu der Novembertagung war der bekannte Vorkämpfer für die deutschkirchliche Bewegung, Kollege Börm aus Hemdingen, gewonnen worden. Er ist auch als Mitarbeiter beteiligt an dem Lehrplan für den deutschen Religionsunterricht, der von der Reichsleitung des NSD. sehr günstig beurteilt wird. Das Gutachten wird vom Bezirksamtsleiter verlesen. Der Redner ist kein wütender Fanatiker, der seinen Glauben für den alleinseligmachenden (!) hält. Er weiß, daß auch in der Bekenntnisfront zahlreiche gute Deutsche stehen, die ihr Vaterland heiß lieben. Wie sie mit den jüdischen Bestandteilen des Christentums fertig werden, ist ihre Sache. Er kann nicht anders, als Zeugnis ablegen, in aller Ruhe und leidenschaftslos, wie er in seinem Religionsunterricht zur Ablehnung des Judentums kam. Unter Judentum versteht er die Lehre der Kirche mit ihrem Festhalten am Alten Testament und an der Rechtfertigungslehre des Paulus. Dies jüdisch gefärbte Christentum ist nicht nur als artfremd abzulehnen, sondern vor allem deswegen, weil es geeignet ist, die sittliche Volkskraft zu lähmen. Wir haben nur eine Heimat, und das ist Deutschland. Wir haben nur einen Mutterboden für all unser Fühlen, Denken und Schauen, und das ist die deutsche Wesensart. Unser Heil kommt nicht von den Juden. Ob sie minderwertig sind, steht nicht zu Sprache; sie sind aber andersartig. Das jüdische Wesen spricht deutlich genug aus dem Talmud und dem Alten Testament; das selbe aber finden wir ebenso gut und besser bei deutschen Gottkündern gesagt. Auf die Grundhaltung kommt es an, und die ist betont jüdisch. Als sittliche Grundhaltung des Alten Testaments bricht die jüdische Lohnsucht immer wieder hervor. Solche Sittlichkeit ist wertlos, ist überhaupt keine Sittlichkeit. Der Deutsche handelt aus Ehrfurcht vor dem Guten; er tut eine Sache um ihrer selbst willen, d. h. nicht aus knechtischer Furcht heraus, nicht unter dem Druck einer Drohung von außen her, sondern aus innerem Antrieb. Auch die Gottesvorstellung des Alten Testaments ist unserer Art fremd. Wir glauben nicht an einen Gott, der außerhalb der Welt steht, sondern

wir glauben mit Jesus (?) an den Gott in uns, an eine Gottesherrschaft durch das Gewissen. Auf diese Frohbotschaft Jesu können und wollen wir nicht verzichten. Der Streit um Jesu Stammbaum ist müßig; er ist jedenfalls der größte Judegegner aller Zeiten gewesen, und seine Lehre vom Himmelreich in uns ist durchaus nordisch. Höchste Steigerung aller sittlichen Kräfte ist der kategorische Imperativ dieses positiven Christentums, zu dem sich auch die Partei in Punkt 24 des Programms bekennt. Es steht im Gegensatz zu dem negativen der Kirche, in dem Jesus nicht Gegenstand der Verehrung ist, sondern Gott. Damit kommt der Redner auf die Rechtfertigungslehre des Paulus, die restlos abgelehnt wird. Verantwortung sollen wir predigen, nicht Gnade und Vergebung, dogmatische Begriffe, die nur auf dem Boden der jüdischen Sündenbotheorie wachsen konnten. Auch Gebet und Wunder bekommen einen ganz anderen Sinn, vom nordischen Gotterlebnis aus gesehen. Im stillen Kämmerlein nur kannst du um Kraft beten, deinen Pflichten genügen zu können. Um neue Gesinnung sollst du ringen und beten, dann geschehen Dinge, die man vordem für unmöglich hielt. Das Winterhilfswerk des deutschen Volkes ist so ein Wunder.

Eine Diesseitsreligion hat man dies Christentum der Tat genannt, wie es von der deutschkirchlichen Bewegung vertreten wird. Das ist sie auch. Ein Fortleben nach dem Tode, im Himmel oder im Jenseits, in einer anderen Welt — unmöglich. Eine andere Welt gibt es ja gar nicht, wenn man das Erdendasein nicht als einen Sündenpfuhl, sondern als eine gottgegebene Aufgabe ansieht, seine Pflicht zu tun. Mit der Verkündigung dieser Lehre vom Fortleben nach dem Tode und vom christlichen Himmel leitet die Kirche auch wieder, bewußt oder unbewußt, dem Machtstreben des Weltjudentums Vorschub. Die Menschen werden abgelenkt von ihren Diesseitsverpflichtungen, und der Jude kann seine Weltherrschaftspläne durchführen. Die Deutschkirche kennt ein anderes Fortleben nach dem Tode. Nicht fortleben irgendwie und irgendwo soll der Mensch, sondern fortwirken in seinem Werk, mit seinen Kindern. Darum ist auch die Ehe nicht sündhaftig; sie ist gottgewollt, und der Zeugungsakt ist das höchste Unsterblichkeitserlebnis, dessen wir fähig sind.

In der Aussprache kommt man noch auf den Lehrplan für den deutschen Religionsunterricht zu sprechen. Er hat schon eine Art Siegeszug durch Deutschland angetreten. Eine Heftreihe als Sammlung von Lehrstoffen wird demnächst als Ergänzung herauskommen."

Es ist erschütternd, daß Religionslehrpläne nach obigen Grundsätzen propagiert werden. Es ist erschütternd, daß christlicher Religionsunterricht, der gemäß dem Bekenntnis der Kirche erteilt werden soll, von einem deutschgläubigen Unterricht nur noch der Form nach verschieden ist. Welch einen weiten Weg hat die Bekenntnende Kirche zu durchmessen, um Bibel und Bekenntnis wieder auf den Leuchter zu stellen! Brennende Herzen tun not!

* * *

Eddaglaube und Bibelglaube.

Die Zeitung „Der Blitz“, die sich jetzt als „Kampfbblatt der deutschen Aktion“ empfiehlt, leistet an Verächtlichmachung des christlichen Glaubens und der christlichen Kirchen in jeder Folge so Erhebliches, daß man sich als Deutscher dieser religiösen Revolverpresse

schämt. Umso merkwürdiger berührt es, wenn Artikel dieses Blättchens in die sonst so wohlherzogen sich darstellenden Blätter der deutschen Glaubensbewegung wie „Reichswart“ und „Durchbruch“ übernommen werden.

„Der Blitz“ vom 24. 11. 1935 bringt eine Gegenüberstellung der Edda als des Buches der germanischen Götter- und Heldendichtung mit der Bibel als dem „Buch der Bücher“. Dabei spricht der Verfasser nur auf seine Weise derb und deftig aus, was feiner und darum giftiger auf tausend Wegen unserem Volke beigebracht werden soll:

„Der Eddaglaube sieht im Eddasal und in der Natur die Verwirklichung der gleichen göttlichen Gestaltungskraft, die der einzelne Mensch in seiner Seele als Höherstreben empfindet, während der Bibelglaube die Natur und das Geschehen als Schöpfung eines von dieser Welt getrennten Gottes betrachtet. Hier liegt der abgrundtiefe Gegensatz der arisch-germanischen Edda gegenüber der asiatisch-semitischen Bibel. Hier produktiv wirkendes Heldentum, aus der Urtiefe germanischen Wesens geboren, um Höchstes bis zur Vollendung zu erreichen — dort unproduktive Minderwertigkeits-Erfüllung und -Erziehung, die als Sühne nur den Tod kennt. Hier eine Religion des Aufstrebens, des Positiven, des Heldentums, des Mutes, der Kraft, der inneren Größe und des Menschenadels, dort eine Religion der Verneinung, des Negativen, alles Schwachen, der Vernichtung — also eine Religion des Minderwertigen!

Noch eine andere Betrachtung! Wie ein Mensch ist, so ist auch sein Glaube; wie aber sein Glaube ist, so gestaltet sich seine Weltanschauung und damit sein Gottesbegriff und seine Gottvorstellung. Ein Schwächling hat eine ganz andere, eben seinem Wesen parallel laufende Gottvorstellung, als ein Starker oder ein Held. Und auf Grund dieser Tatsache begegnen wir gerade im Buch der Deutschen und in der Bibel zwei grundverschiedenen Gottvorstellungen. Die Gottvorstellung ist nämlich nichts anderes als ein Spiegelbild des eigenen Wesens der Völker, sie ist nichts anderes als das Innenleben eines Volkes, nach außen projiziert. Damit sind die personifizierten Götter der Völker immer nur kristallisierte, auf der inneren Wesensbeschaffenheit der Menschen beruhende und nach außen geworfene, materialisierte Gottvorstellungen. Der Germane kann nur einen solchen Gott als seinen Gott anerkennen, der alle Eigenschaften seines eigenen menschlichen Wesens in höchster Potenz entfaltet. Die Edda stellt somit in ihren Götter- und Heldendichtungen ureigenstes germanisches Wesen dar, sie ist germanisches Glaubensgut und damit germanische, deutsche Religion! Sie allein ist richtunggebend für das deutsche Volk und die deutsche Jugend!"

Es kann nur der Wahrheit dienen, wenn hier der Mensch als Götterfabrikant verstanden wird. Es ist durchaus zutreffend, daß der Mensch in seinen Göttern immer nur sich selbst gestaltet und sich selbst verehrt. Dieser Götzendienst ist das Wesen des Heidentums. Mit dem Gott, der in der Bibel sich kundtut, hat dieser arisch-germanische Götterglaube, der seit anderthalbtausend Jahren tot ist, in der Tat nichts zu tun. Unser Gott wohnt in einem Dichte, da niemand zu kommen kann. Von ihm steht geschrieben: Was kein Auge gesehen hat und kein Ohr gehört hat und in keines Menschen Herz gekommen ist, das hat Gott bereitet denen, die ihn lieben!